N 20587 F

Fragen der Freiheit

September/Oktober 1987
Heft 188

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung

– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –

Das Fundament

Sei wahr und wirf ihn weit zurück,
Den Schleier über deinem Blick –
Und sieh dich wie ein andrer an,
Benenn es, was du all getan!

Die Wahrheit ist ein scharfes Schwert,
Das mitten durch die Seele fährt.
Der Zauber weicht, es flieht der Schein
Die Luftgebäude stürzen ein;

Und wenn der Staub verronnen ist,
So nimm dich selber, wie du bist.
Dann baue wieder und bau zu End
Auf dies bescheidne Fundament.

C. F. Meyer

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 188

September/Oktober 1987

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 5400 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Fritz Penserot
Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung
– Milton Friedmann – 3

Herbert Pfeiffer
Ökologie und Staatshaushalt 22

Eckhard Behrens
Der ordnungspolitische Rahmen der Umweltpolitik 38

Buchbesprechungen:
Werner Onken
Die Welt als Mammonstempel
– nach Michael Endes »Bahnhofs-Kathedrale« – 45

W. Oberhuber
Rudolf Steiner: Kunst und Kunsterkenntnis
Diether Rudloff: Freiheit und Liebe 47

Fritz Andres
Fritz Penserot zum 75. Geburtstag 50
Dr. med. Lothar Vogel zu seinem 70. Geburtstag 51

Heinz-Hartmut Vogel
Fritz Penserot zum 75. Geburtstag 52
Auszug aus dem schriftstellerischen Schaffen Fritz Penserots . . 53
An *Lothar Vogel* zum 70. Geburtstag 55
Biographisches 56
Publikationen 56

Heinz-Hartmut Vogel / Lothar Vogel
Vor einundvierzig Jahren: Ideen aus dem Geiste
einer freien Akademie 58

Ankündigung des Seminars für freiheitliche Ordnung
Tagung am 21. und 22. November 1987 »Gesundheitspolitik« . 61

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung

– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –

Fritz Penserot

XI. Teil

Die Monetaristische Gegenrevolution

1. *Kapitalismus und Freiheit*
   Bekenntnis zum Liberalismus
   Der Wettbewerbs-Kapitalismus

2. *Die Optimale Geldmenge*
   Milton Friedmans Geldmengenbegriff
   Die Geldmengenregel
   Tauschmittel und »Bleibe«
   Nominales Geld und Reales Geld

3. *Zum Abschluß*

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung

– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –

XI. Teil

Die Monetaristische Gegenrevolution

Milton Friedman

1. Kapitalismus und Freiheit

So unbestritten die Bedeutung von *John Maynard Keynes* als des bedeutendsten Nationalökonomen unseres Jahrhunderts ist, so bleibt dennoch festzustellen, daß auch er das Problem der Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung *und* Geldwertstabilität noch nicht endgültig gelöst hat. Die Lehre von der Machbarkeit von Konjunktur und Wachstum mit Hilfe der Steuerung der staatlichen Nachfrage hat nicht nur nicht die Erwartungen erfüllt, die *Keynes* einst vorgeschwebt haben, sie hat obendrein durch diese »Fiskalpolitik« ein Maß an Dirigismus in die Marktwirtschaft gebracht, das deren ohnehin fragwürdige »Freiheit« noch mehr in Mißkredit bringen mußte. *Keynes*, der den »sanften Tod des funktionslosen Investors« herbeiführen wollte, indem er einer »ziemlich umfassenden Verstaatlichung (socialisation) der Investitionen« das Wort geredet hat, weil die »Aufgabe der Lenkung der Investitionen nicht ohne Gefahr in privaten Händen gelassen werden« könne, hat damit tatsächlich eine Verbürokratisierung der staatlichen Wirtschaftspolitik ermöglicht, die geradezu zur Gegenwehr herausgefordert hat.

Dies ist der eigentliche Ansatzpunkt der von *Milton Friedman* eingeleiteten *»monetaristischen Gegenrevolution«*. Denn *Milton Friedman*, der Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Chicago, hatte nicht nur von je her eine tief eingefleischte Antipathie gegen jeglichen staatlichen Eingriff in die private Sphäre des Menschen, sondern er hatte – in Weiterentwicklung der Quantitätstheorie von *Irving Fisher* – auch einen empirischen Nachweis erbracht, daß die konjunkturelle Entwicklung vor allem von der *umlaufenden Geldmenge* abhängig ist und daß es mithin Aufgabe der Zentralnotenbank sei, diese Größe so zu regulieren, daß sie stetig ihren Zweck erfülle – und daß mithin jeder sonstige staatliche Eingriff in die Wirtschaft völlig zwecklos, ja ausgesprochen schädlich sei.

Freilich, *Milton Friedmans* Liberalismus geht noch einen erheblichen Schritt weiter. So schrieb z. B. der SPIEGEL (in Nr. 48/1970):

> »*Milton Friedman* ist der vielleicht letzte Apologet eines unkontrollierten Kapitalismus – bestimmt aber der eloquenteste, den es je gab. These des (damals) 58jährigen Wirtschaftsprofessors der Universität Chicago: Alle

Mißstände der kapitalistischen Gesellschaft sind nur dadurch zum Problem geworden, daß der Staat sie zu bewältigen sucht. Anders als Ökonomen wie *John Kenneth Galbraith,* die den privaten Konsum zugunsten staatlicher Aktivitäten zurückdrängen wollen und energische Eingriffe des Staates gegen Luft- und Wasserverschmutzung, mangelnde Ausbildung und verelendete Städte fordern, sucht *Friedman* das Heil der Gesellschaft in einer ungezügelten Marktwirtschaft mit totaler Freiheit der privaten Vermögensbesitzer. So sollten Schulen, Wohnungen, Krankenhäuser und Flugplätze von Privatleuten gebaut und nach den Gesetzen des Marktes betrieben werden. Dem Staat falle lediglich die Aufgabe zu, den persönlichen Schutz seiner Bürger zu garantieren und den stabilen Rahmen für eine ungestörte wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. . .«

Bezeichnenderweise nannte denn auch *Friedmans* Sohn David seinen Vater als einen »liberalistischen Anarchisten« (libertarian anarchist), und *Friedman* selbst schreibt im Vorwort zu seinem Buche »*Kapitalismus und Freiheit*«, »daß die Bewahrung der individuellen Freiheit das Hauptziel aller sozialen Einrichtungen ist; daß staatliche Eingriffe in die private Sphäre die größte Bedrohung für diese Freiheit sind; daß freie Märkte für Güter und Ideen die entscheidenden Vorbedingungen für die individuelle Freiheit bleiben.« (Seite 11)

Biographisches

Milton Friedman wurde am 31. Juli 1912 in New York geboren. Seine Eltern stammten aus Österreich. Sein Vater war ein kleiner Kaufmann, die Mutter Näherin. »Sie kamen um 1890 nach Amerika, und wie Millionen andere kamen auch sie mit leeren Händen. Sie schafften es, Fuß zu fassen, ihr Leben aufzubauen, eine Basis zu finden, die ihren Kindern und Kindeskindern eine bessere Zukunft versprach. Wenn Gesetze und Regeln, wie wir sie heute haben, schon damals Industrie und Handel behindert hätten, so läge unser Lebensstandard unter dem des 19. Jahrhunderts.« So *Friedman* selbst. (zit. i. *K. H. Koesters* »Ökonomen verändern die Welt«, Goldmann Sternbücher 1982)*

Nach Absolvierung des Gymnasiums studierte *Friedman* Wirtschaftswissenschaften und Mathematik; 1932 errang er einen Master-Grad. Danach arbeitete er im Nationalen Büro für Wirtschaftsforschung in Washington und las als Dozent an der Columbia-Universität in New York. Schließlich wechselte er zur Universität von Chicago, deren ökonomische Denkrichtung er bald bestimmte (»Chicago-Schule«).

Sein populärstes Buch, »Chancen, die ich meine«, verfaßte er zusammen mit seiner Frau *Rose,* und sein Hauptwerk, 946 Seiten umfassend, schrieb er gemeinsam mit der Ökonomin *Anna Jacobson Schwarz:* »Monetary History

of the United States 1867 bis 1960«. Gerade diese Arbeit über die Geschichte der amerikanischen Währung, sowie der Einfluß seines Lehrers *Henry C. Simons* sind es gewesen, die *Friedman* die Zusammenhänge von Geldmenge und Inflation und von Geldmengenwachstum und Wachstum des Sozialprodukts haben erkennen lassen und die ihn zur Entwicklung seiner »Geldmengenregel« geführt haben. (vgl. *Koesters* a. a. O. S. 290–91)

»Die ›Geldgeschichte‹ überzeugte *Friedman* davon, daß Notenbanken, auch wenn die klügsten und intelligentesten Köpfe bei ihnen arbeiten, dazu verurteilt sind, ernsthafte Fehler zu machen, auch wenn sie mit den besten Vorsätzen zu Werke gehen. Er beobachtete in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern die Unwirksamkeit der Lehren von *Keynes* und seinen Nachfolgern, insbesondere bei dem Versuch, Vollbeschäftigung und Preiswertstabilität zu erreichen. Geldpolitik, insbesondere Zinspolitik und Fiskalpolitik, haben sich blockiert und ihre Wirkungen gegenseitig aufgehoben. Folgerung: *Friedman* lehnte die ›Geldpolitik‹ im Sinne einer Veränderung der Zinssätze zur Steuerung der Konjunktur ab und stellte die bis zur ›Keynesschen Revolution‹ herrschende ›Quantitätstheorie‹ an den Ausgangspunkt seiner ›Gegenrevolution‹.« (*Prof. Wilhelm Seuss* in FAZ vom 16. 10. 1976 aus Anlaß der Verleihung des Nobelpreises an *Milton Friedman*)*

Milton Friedmans Bekenntnis zum Liberalismus

Sein Bekenntnis zum Liberalismus – wie er ihn versteht – hat *Milton Friedman* in seinem Buche »Capitalism and Freedom« (dtsch. *»Kapitalismus und Freiheit«* bei Seewald Verlag 1971)* 1962 in der Einleitung eindeutig zum Ausdruck gebracht:

»In einer vielzitierten Passage seiner Inaugurationsrede sagte Präsident *Kennedy:* ›Fragt nicht, was Euer Land für Euch tun kann – fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt!‹ Für den Geist unserer Zeit ist es sehr bezeichnend, daß sich die Auseinandersetzung über diese Passage nur um die Herkunft dieses Satzes dreht – und nicht auch um seinen Inhalt. Denn weder die eine noch die andere Hälfte des Satzes drückt die Beziehungen aus zwischen dem Bürger und seiner Regierung, die eines freien Menschen in einer freien Gesellschaft würdig ist. Das ›Was Euer Land für Euch tun kann‹ ist paternalistisch: Die Regierung ist der Herr und der Bürger sein Schutzbefohlener. Es steht ganz im Gegensatz zu dem Glauben eines freien Individuums an seine Verantwortung für sein eigenes Schicksal. Das anschließende Gegenstück ›Was Ihr für Euer Land tun könnt‹ beinhaltet: Der Staat ist der Herr oder die Gottheit und der Bürger der Diener oder getreue Anbeter.«

»Für den freien Bürger ist sein Land jedoch die Versammlung der Individuen, die es bilden, nichts außerhalb oder gar über ihm Stehendes. Der freie Bürger ist zwar stolz auf das gemeinsame Erbe und loyal gegenüber gemeinsamen Traditionen. Doch den Staat betrachtet er nur als Mittel, als ein Instrument und nicht als einen Spender von Gunst und milden Gaben oder als Herrn und Gott, dem er blind gehorchen und dienen muß. Er kann kein nationales Ziel anerkennen, es sei denn, es handelt sich um einen gemeinsamen von allen einzeln gebildeten Konsensus. Und es gibt für ihn keine nationalen Ziele, es sei denn der Konsensus über Ziele, der von allen einzeln herbeigeführt wurde.«

»Der freie Bürger wird weder fragen, was sein Land für ihn tun kann, noch was er für sein Land tun kann. Er wird vielmehr fragen: ›Was kann ich mit meinen Landsleuten mit Hilfe der Regierung erreichen?‹ – beim Erfüllen meiner individuellen Pflichten; bei der Erreichung unserer individuellen Ziele und Zwecke; und vor allem bei der Bewahrung unserer individuellen Freiheit. Und mit dieser Frage wird er noch eine zweite verbinden: Wie können wir verhindern, daß die Regierung, die wir geschaffen haben, ein Monster wie ›Frankenstein‹ wird, das schließlich die Freiheit vernichtet, zu deren Schutz wir doch die Regierung überhaupt erst eingesetzt haben? Freiheit ist eine seltene und delikate Pflanze. Unser Verstand sagt uns, und die Geschichte bestätigt es, daß die große Gefahr für die Freiheit in der Konzentration von Macht beschlossen liegt. Regierungen sind notwendig, um unsere Freiheit zu schützen. Sie sind das Instrument, mit dessen Hilfe wir unsere Freiheiten ausüben können; doch bei der Konzentration von Macht in der Hand der Politiker beginnt die Gefahr für die Freiheit. Auch wenn die Männer, die diese Macht ausüben, ursprünglich guten Willens sind, und selbst, wenn sie nicht von der Macht, die sie ausüben, korrumpiert werden, so ist es doch Macht, die sie anzieht und die *andere* Männer aus ihnen macht.«

»Aber wie können wir Nutzen haben von dem, was die Regierung an Gutem verspricht, und dabei gleichzeitig die Bedrohung der Freiheit vermeiden? In der amerikanischen Verfassung sind zwei klare Prinzipien beschlossen, die uns sagen, wieso wir bisher unsere Freiheit behalten haben, wenn sie auch in der Praxis des öfteren verletzt wurden, obwohl sie als Gebote galten.«

»Erstens: Der Spielraum der Regierung muß beschränkt sein. Ihre Aufgabe muß es sein, unsere Freiheit zu schützen, insoweit sie von außerhalb bedroht ist und insoweit sie unsere Mitbürger verletzen könnten: also für Gesetz und Ordnung zu sorgen, die Einhaltung privater Verträge zu überwachen, für Wettbewerb auf den Märkten zu sorgen . . . Indem wir uns in erster Linie auf freiwillige Kooperation und privaten Unternehmungsgeist

in wirtschaftlichen und sonstigen Aktivitäten verlassen, können wir sicher gehen, daß der private Sektor der Zügel ist, den wir dem Staatssektor anlegen, und daneben ein wirksamer Schutz der Redefreiheit, der Freiheit der Religion und der Freiheit der Gedanken.«

»Das zweite klare Prinzip ist, daß die Macht der Regierung verteilt sein muß. Wenn die Regierung schon Macht ausübt, dann besser im Landkreis als im Bundesland, besser im Bundesland als in der Hauptstadt. Wenn mir das nicht paßt, was in meiner näheren Umgebung geschieht..., kann ich noch immer in einen anderen Landkreis ziehen. .. Wenn mir (aber) nicht paßt, was in Washington geschieht, dann habe ich nur wenig Auswahl in dieser Welt einander mißtrauender Nationen.

»Natürlich ist gerade die Tatsache, daß man der Gesetzgebung der Zentralgewalt so schwer entkommen kann, ein Hauptargument der Befürworter des Zentralismus. Sie glauben, daß man viel effektivere Gesetzgebungen starten kann, die dann – wie sie es sehen – im Interesse der Öffentlichkeit liegen. ... Aber die Medaille hat ihre zwei Seiten. Die Macht, Gutes zu tun, ist zugleich die Macht, Schlechtes zu tun und Schaden anzurichten. ...«

»Die Bewahrung der Freiheit ist der entscheidende Grund, um die Staatsgewalt zu beschränken und zu dezentralisieren. Daneben gibt es noch einen strukturellen Grund: die großen Erfolge der Zivilisation, ob in der Architektur, in der Malerei, in Wissenschaft oder Literatur, in Industrie oder Landwirtschaft, sind nie von zentralen Staatsgewalten ausgegangen. ... Newton und Leibniz, Einstein und Bohr, Shakespeare, Milton, Pasternak, Whitney, McCormik, Edison und Ford, Jane Addams, Florence Nightingale und Albert Schweitzer: niemand von ihnen öffnete die Grenzen im menschlichen Wissen und Verstehen, in der Literatur, in den Techniken oder in der Erleichterung menschlichen Elends in Antwort auf staatliche Direktiven. Ihre Leistungen waren das Ergebnis *individuellen* Genies, kraftvoll vertretener Minderheits-Ansichten, eines sozialen Klimas, das Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit erlaubte.«
»Der Staat kann nie die Vielfalt und Verschiedenheit individueller Aktionen ersetzen. ...«

»Dieses Buch stellt einige dieser großen Streitfragen zur Diskussion. Sein *Leitmotiv* ist dabei *die Rolle des wettbewerblich organisierten Kapitalismus* – also die Organisation der ganzen Masse der wirtschaftlichen Aktivität durch private Unternehmen, die auf freien Märkten operieren – als eines Systems von wirtschaftlicher Freiheit und einer notwendigen Bedingung für politische Freiheit. Ein Nebenthema ist die Rolle, die die Regierung in einer freien Gesellschaft spielen sollte, also in einer Gesellschaft,

die sich in erster Linie auf den Markt verläßt, der die wirtschaftliche Aktivität organisiert. ...«

»Als sich eine intellektuelle Bewegung im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert unter dem Namen ›*Liberalismus*‹ entwickelte, betonte sie die Freiheit als das höchste Ziel und sah im Individuum das höchste Wesen innerhalb der Gesellschaft. Die Bewegung unterstützte das Laissez-faire als ein Mittel, im Inneren die Rolle des Staates in den wirtschaftlichen Angelegenheiten zurückzudrängen und die Rolle des Individuums zu stärken. Nach außen hin unterstützte sie den freien Handel als ein Mittel, die Nationen der Welt friedlich und demokratisch zu verbinden. In der Politik unterstützte diese Bewegung die Entwicklung der repräsentativen Demokratie und der parlamentarischen Institutionen, die Beschränkung der staatlichen Willkür und den Schutz der bürgerlichen Freiheiten der Individuen.«

»Im späten 19. Jahrhundert – und speziell nach 1930 in den Vereinigten Staaten – wurde der Begriff ›Liberalismus‹ mit einer ganz anderen Betonung verwendet, vor allem in der Wirtschaftspolitik. Er wurde in Verbindung gebracht mit der Bereitschaft, sich bei der Erreichung von allgemein anerkannten Wünschen in erster Linie auf den Staat zu verlassen und nicht mehr auf private und freiwillige Vereinbarungen. Die Stichworte hießen jetzt ›Sozialstaat‹ und ›Gleichheit‹ und nicht mehr ›Freiheit‹. Der Liberale des 19. Jahrhunderts betrachtete die Ausdehnung der Freiheit als den effektivsten Weg, um den sozialen Staat und die Gleichheit zu erreichen. Der Liberale des 20. Jahrhunderts betrachtete die allgemeine Wohlfahrt und die Gleichheit als Voraussetzung oder als Alternativen zur Freiheit. Im Namen der Wohlfahrt und der Gleichheit begann der Liberale des 20. Jahrhunderts die Wiederbelebung der Politik eben jenes Staatsinterventionismus und Paternalismus zu betreiben, gegen die der klassische Liberale gekämpft hatte. Indem er die Uhr zurückdreht bis zum Merkantilismus des 17. Jahrhunderts, liebt es der neue Liberale, die wahren Liberalen als Reaktionäre zu beschimpfen.«

»Der Wandel in der Bedeutung, die dem Wort Liberalismus beigelegt wurde, ist in wirtschaftlichen Fragen noch auffallender als in politischen. Der Liberale des 20. Jahrhunderts setzt sich, ebenso wie der Liberale des 19. Jahrhunderts, für parlamentarische Institutionen ein, für repräsentative Volksvertretung, Menschenrechte und derlei mehr. Dennoch liegt auch in den politischen Dingen ein Unterschied: Eifersüchtig auf die Freiheit wachend, und daher ängstlich gegenüber zentralisierten Gewalten, sei sie in staatlicher oder privater Hand, favorisierte der Liberale des 19. Jahrhunderts die politische Dezentralisation. Ganz im Handeln aufgehend um im Vertrauen auf die Wohltaten, die sich aus der Staatsmacht ergeben, so-

lange diese nur offen vom Elektorat kontrolliert ist, favorisiert der Liberale des 20. Jahrhunderts die zentrale Staatsgewalt. Seine Zweifel darüber, wo wohl die Staatsgewalt lokalisiert sein soll, wird er dadurch zerstreuen, daß diese besser im Staat als in der Stadt aufgehoben sei und besser bei der Bundesregierung als beim Land, und bei einer Welt-Organisation schließlich besser als bei einer nationalen Regierung.«

»Da der Begriff Liberalismus also korrumpiert ist, werden die Ansichten, die früher mit seinem Namen bezeichnet wurden, heute ›Konservativismus‹ benannt. Das ist indessen keine befriedigende Alternative. Der Liberale des 19. Jahrhunderts war ein Radikaler, und zwar in doppelter Hinsicht: im etymologischen Sinn jemand, der den Dingen auf den Grund, an die Wurzel geht, und im politischen Sinn jemand, der sich für die großen Veränderungen in den sozialen Institutionen einsetzt. In diesem Sinn muß sich sein moderner Erbe verhalten. ... Im übrigen beginnt der Ausdruck ›konservativ‹ ein breites Spektrum von Ansichten zu decken, worunter natürlich auch so völlig unvereinbare und nur mit einem Bindestrich verbundene Begriffsbildungen stehen wie ›liberal-konservativ‹ oder ›aristokratisch-konservativ‹.«

»Teils, weil ich nicht will, daß der Begriff ›Liberalismus‹ für Maßnahmen mißbraucht wird, die unsere Freiheit zerstören, teils, weil ich auch keinen besseren Begriff finde, möchte ich diese Schwierigkeiten dadurch lösen, daß ich das Wort *Liberalismus in seinem ursprünglichen Sinn* gebrauche – die Doktrin also damit bezeichne, die zu einem freien Menschen gehört.«

Der Wettbewerbs-Kapitalismus

Nach diesem Bekenntnis zum Liberalismus erörtert nun *Milton Friedman* in *»Kapitalismus und Freiheit«* anhand einer Fülle von Beispielen die Beziehungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit und die Rolle des Staates in einer freien Gesellschaft. Dabei setzt er sich zunächst mit der viel verbreiteten Meinung auseinander, daß es einen »demokratischen Sozialismus« geben könne, und er stellt von vornherein fest, daß eine sozialistische Gesellschaft nicht zugleich demokratisch sein kann in dem Sinne, daß in ihr die persönliche Freiheit garantiert ist. Und er postuliert:

»Es ist ganz klar: Wirtschaftliche Freiheit als solche macht einen bedeutenden Teil der ganzen Freiheit aus.«

Und weiter:

»Die wirtschaftliche Organisationsform, die unmittelbar für wirtschaftliche Freiheit sorgt, nämlich der Wettbewerbs-Kapitalismus, sorgt auch für politische Freiheit, da sie die wirtschaftliche Macht von der politischen

Macht trennt und es dabei beiden Mächten ermöglicht, sich gegenseitig zu neutralisieren.« (Seite 29)

Man muß es wirklich noch einmal lesen: Der »*Der Wettbewerbs-Kapitalismus* sorgt auch für die politische Freiheit«, da er die wirtschaftliche Macht von der politischen Macht trenne und es dabei beiden Mächten ermögliche, sich gegenseitig zu »neutralisieren« – und *Friedman* begründet diese seltsame Ansicht noch weiter:

»Grundsätzlich gibt es nur zwei Arten, die wirtschaftlichen Aktivitäten von Millionen Menschen zu koordinieren: Die eine ist die zentral gelenkte, wobei mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen gearbeitet wird, also mit Techniken, wie sie Armeen und totalitäre Staaten anwenden. Die zweite Art ist die freiwillig gesteuerte, also die Kooperation einzelner Individuen, wie man sie auf jedem Marktplatz erleben kann.«

»Die Möglichkeit der Kooperation basiert auf der elementaren – freilich häufig verneinten – Voraussetzung, daß beide Parteien einer wirtschaftlichen Transaktion von ihr profitieren, *vorausgesetzt, die Transaktion geschieht auf beiden Seiten freiwillig und in vollem Wissen darüber, was geschieht.*«

»Der Austausch kann daher Koordination ohne Zwang herbeiführen. Das funktionierende Modell einer Gesellschaft, die durch das Mittel des freiwilligen Austausches organisiert wird, ist die *freie, auf privatem Unternehmertum basierende Marktwirtschaft* – was wir den Wettbewerbs-Kapitalismus genannt haben.« (Seite 34)

Alsdann stellt *Friedman* fest: Da die moderne arbeitsteilige Gesellschaft nicht weit vorangekommen wäre, wenn sie bei dem Tausch Ware gegen Ware oder Leistung stehen geblieben wäre, wurde das *Geld* als ein Mittel eingeführt, die Tauschvorgänge zu vereinfachen und die beiden Akte, Kauf und Verkauf, in zwei getrennten Vorgängen durchzuführen.

»Ungeachtet der wichtigen Rolle der Unternehmungen und des Geldes in unserer heutigen Wirtschaft und ungeachtet der vielen Probleme, die ihre Existenz aufwirft, ist der charakteristische Zug der Markttechnik, nämlich das Erreichen der Koordination, bereits in dem einfachen Modell der Tauschwirtschaft, die weder Unternehmen noch Geld kennt, vollzählig enthalten. Wie in dem einfachen Modell bleibt auch in der komplexen Unternehmens- und Geldwirtschaft die Kooperation vollkommen und freiwillig, *vorausgesetzt:* a) die Unternehmen sind privat, so daß die letztlich vertragschließende Parteien Individuen bleiben, und b) die Individuen sind tatsächlich frei, einen bestimmten Austausch zu betreiben oder nicht zu betreiben, so daß jeder Tauschvorgang strikt freiwillig bleibt.« (Seite 35)

»Solange die effektive Freiheit des Austausches gewahrt bleibt, ist das Hauptkennzeichen der Marktwirtschaft, daß sich niemand in die Angelegenheiten eines anderen einmischen kann. So ist der Verbraucher von einem Druck durch den Einkäufer dadurch gesichert, daß es andere Verkäufer gibt, bei denen er kaufen kann. Ebenso ist der Verkäufer dadurch geschützt, daß er mit anderen Konsumenten abschließen kann. Der Angestellte ist vor Nötigungen seitens seines Arbeitgebers dadurch geschützt, daß er für andere Arbeitgeber arbeiten kann, und so weiter. All das wird auf dem Markt ohne eine zentrale Instanz erreicht.«

»Eine der Hauptursachen für die Gegnerschaft zur freien Wirtschaft ist gerade die Tatsache, daß sie ihre Aufgaben so gut erfüllt. Sie gibt den Menschen das, was sie wollen, und nicht das, was ihnen eine bestimmte kleine Gruppe aufzwingen will. Hinter den meisten Argumenten gegen den freien Markt steckt der mangelnde Glaube in die Freiheit selbst.« (Seite 36)

Und so weiter. *Friedman* wird nicht müde, die Vorteile der kapitalistischen Gesellschaft und insbesondere die angeblich in ihr herrschende Freiheit der Menschen zu rühmen. Mit keinem Wort fragt er nach den Ursachen der Unzufriedenheit so vieler Menscher mit dem Kapitalismus, dessen Überwindung sie fordern. Dabei scheint es für *Friedman* eine ausgemachte Sache zu sein, daß als Alternative zum Kapitalismus lediglich ein sozialistischer, zentral geleiteter Staat in Betracht kommt. Kurzum, der Wettbewerbs-Kapitalismus als solcher ist für *Friedman* geradezu ein Heiligtum, das es unverfälscht zu schützen gilt. Demzufolge laufen alle seine Untersuchungen der wirtschaftlichen Verhältnisse darauf hinaus, die diesen Wettbewerbs-Kapitalismus stützenden Argumente und Wege zu finden. Im einzelnen geschieht dies in den Kapiteln über »die Rolle des Staates in einer freien Gesellschaft; die Kontrolle über das Geld; die Finanzpolitik des Staates; Internationale Finanz- und Handelsabkommen; die Rolle des Staates im Erziehungswesen; die Gesetzgebung für die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt; das Monopol und die soziale Verantwortung von Arbeitgebern und Gewerkschaften; freie Berufswahl und Lizenzen; die Einkommensverteilung; Sozial- und Wohlfahrtsmaßnahmen; und schließlich Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut.«

Milton Friedmans Plädoyer für einen unbeschränkten Kapitalismus und für den Schutz der Freiheit der Menschen vor Staatsmacht und sozialistisch-kollektivistischer Bevormundung ist als solches ohne Zweifel beeindruckend, jedoch ist sein eigentlichster Beitrag zur Wirtschaftwissenschaft seine *Untersuchung des Geldproblems* in Weiterentwicklung der Quantitätstheorie des Geldes im Anschluß an *Irving Fisher*, die ihn zur Erkenntnis der zentralen Bedeutung der Geldmenge brachte und, im Anschluß daran, zu einer *Neuformulierung der Quantitätstheorie*. Ausgehend von der These *Fishers*, daß das

Wachstum der Geldmenge die Inflationsrate bestimmt und daß die Veränderung des Geldmengenwachstums die Produktion und damit die Beschäftigung beeinflußt, stellt *Friedman* die Forderung auf, die Geldmenge aufgrund *gesetzlicher* Regelung stetig so zu erhöhen, daß die Produktion sich entsprechend mit erhöht. Auf diese gesetzliche Verankerung des Geldmengenwachstums kommt es *Friedman* entscheidend an, da er grundsätzlich jedes System für ein schlechtes System hält, das weitreichende Entscheidungsmacht in die Hände weniger Männer legt, ohne daß darüber noch wirksame Kontrollmöglichkeiten existieren. Gesetzliche Regeln sollen herrschen, nicht »Autoritäten«. Das ist der Kern der »Gegenrevolution« gegen den Fiskalismus der Postkeynesianer.

2. Die optimale Geldmenge

Wie soll nun die *gesetzliche Regelung* aussehen, von der *Friedman* erwartet, daß durch sie die Hauptziele der Wirtschaftspolitik – »hoher Beschäftigungsgrad, stabile Preise und schnelles Wachstum« (vgl. »Die optimale Geldmenge« Seite 135) – erreicht werden? Dieses Gesetz soll die Finanzbehörden anweisen, eine *festgesetzte Wachstumsrate* für die vorhandene Geldmenge zu erzielen. »Die adäquate Wachstumsrate ebenso wie die adäquate monetäre Gesamtgröße sind (dabei) weniger ausschlaggebend als die Annahme einer festen und bekannten Rate«, wobei sich diese Rate auf etwa 3 – 5% Wachstum des umlaufenden Währungsgeldes ebenfalls zuzüglich aller Depositen der Geschäftsbanken oder auf eine etwas geringere Wachstumsrate des Währungsgeldes zuzüglich der Sichteinlagen belaufen sollte.

Ausgangspunkt dieses Vorschlages zur Stabilisierung des Geldmengenwachstums sind dabei sowohl die schlechten Erfahrungen, die die Fiskalpolitik erbracht hat, als auch – und vor allem – die Forschungsergebnisse der Währungswissenschaftler *Knut Wicksell, Irving Fisher* und *Alban William Phillips,* der die bekannte »Phillips-Kurve« aufgestellt hat, auf die u. a. das Wort unseres ehemaligen Bundeskanzlers *Helmut Schmidt* zurückzuführen ist: Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.

Nach *Wicksell* sind Konjunktur und Beschäftigungsgrad maßgeblich zurückzuführen auf das Verhältnis von »natürlichem« Zins und »Markt- oder Geld-Zins«. *Der »natürliche« Zins* entspricht der »Grenzleistungsfähigkeit« des Kapitals *(Keynes).* Es ist der Zins aus langfristigen Anlagen. *Der »Markt«-Zins* hingegen ist der aus Angebot und Nachfrage am Markt entstehende kurzfristige Zins. Je nach dem Grad der Abweichung des »natürlichen« Zinses vom »Markt«-Zins entsteht eine größere oder kleinere *Zinsspanne.* Liegt der »Markt«-Zins tiefer als der »natürliche« Zins, dann steigt die Rentabilität des neu gebildeten und investierten Kapitals – mit der weiteren Folge, daß

mehr Geldmittel in Kapitalanlagen fließen; die Einkommen steigen, die Beschäftigung und mit ihr die Löhne steigen, entsprechend steigt die Nachfrage nach Konsumgütern, bis die allgemeine Konjunkturbelebung auch zu einer allgemeinen Preiserhöhung führt. Dieser sich steigernde, kumulative Inflationsprozeß hält solange an, wie der »Markt«-Zins unter dem »natürlichen« Zins bleibt. In dem Augenblick jedoch, in dem die Nachfrage nach Geldmitteln zum Zwecke der Investition steigt und dadurch der »Marktzins« die Höhe des »natürlichen« Zinses übersteigt, beginnt ein Deflationsprozeß, der sich, kumulativ steigernd, so lange fortsetzt, bis keine Zinsspanne mehr zwischen »natürlichem« Zins und »Markt«-Zins besteht und das *»natürliche Unterbeschäftigungsniveau« (Friedman)* wieder hergestellt ist.

Zu einer ganz ähnlichen Auffassung ist *Alban W. Phillips* gekommen. Er hatte beim Studium der englischen Wirtschaftsgeschichte von 1861 bis 1957 festgestellt, daß zwischen der Entwicklung des Lohnniveaus und der Bewegung des Durchschnittspreisniveaus eine Verbindung besteht. Danach gehen relativ niedrige Arbeitslosenquoten mit hohen Inflationsraten einher und umgekehrt niedrige Inflationsraten mit steigender Arbeitslosigkeit. Diese Beziehung zwischen der Arbeitslosenquote (die er als Ursache ansieht) und der Änderungsrate der Nominallöhne (als Wirkung) hat er in einem Koordinatensystem dargestellt (auf der Abzisse die Arbeitslosenquote, auf der Ordinate die Nominallohnänderung gegenüber dem Vorjahr) und die entsprechenden Punkte mit einer Kurve verbunden, die in etwas modifizierter Form inzwischen als *Phillips-Kurve* eine gewisse Berühmtheit erlangt hat. Unbeschadet der Frage, ob die Konjunktur »ein Tanz des Dollars« ist, oder umgekehrt, ob »der Dollar weitgehend ein Tanz der Konjunktur« ist (wie *Irving Fisher* es einmal ausgedrückt hat), stehen nun – die annähernde Richtigkeit des *»Phillips-Theorems«* unterstellt – Regierung und Notenbank, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vor der Frage, ob sie zugunsten der Vollbeschäftigung mehr Inflation wollen oder zugunsten der Preisniveaustabilität mehr Arbeitslosigkeit, wobei aber gleich hinzugefügt werden muß, daß das Phillips-Theorem allenfalls für einen nur sehr kurzen Zeitabschnitt gelten könnte: denn während *Phillips* noch angenommen hatte, daß die nominellen Preise stabil bleiben würden, hat die Geschichte längst erwiesen, daß er sich in einem fatalen Irrtum befand, ja daß bereits die Erwartung einer nur ganz kleinen Geldmengenvermehrung schon dazu führt, daß höhere Preis- und Lohnforderungen gestellt und erzwungen werden. *Milton Friedman* hält denn auch den Beitrag von *Phillips* zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Stützung der Konjunktur für einen »fundamentalen Fehler.« (Seite 145) Aber ganz abgesehen davon, daß *Friedman* bei *Phillips* also eine Unterscheidung zwischen Nominal- und Reallöhnen vermißt, ist er von vornherein der Meinung, daß es einen *»natürlichen Grad der Arbeitslosigkeit«* gibt, der auch mit Hilfe der

Wirtschaftspolitik nicht nachhaltig überwunden werden könne. Deshalb sollten sich die Politiker um dieses Problem überhaupt nicht kümmern, sondern die Regelung der Geldmengenbereitstellung nach einer gesetzlich festgelegten unveränderlichen Quote voll und ganz der Zentralnotenbank überlassen.

Den wichtigsten Ansatzpunkt zur Entwicklung seiner Geldmengenregel dürfte *Friedman* wohl in der von der älteren *Quantitätstheorie* ausgehenden *Verkehrsgleichung Irving Fishers* gesehen haben. Während die auf *Jean Bodin* zurückgehende ursprüngliche, »rohe« Quantitätstheorie nur das Verhältnis von Bargeldmenge und Gütermenge berücksichtigte, hat *Fisher* auch noch die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge in Betracht gezogen und demzufolge seine *Verkehrsgleichung* wie folgt formuliert: $G \times U = W \times P$, wobei G = (Bar-) Geldmenge, U = Umlaufgeschwindigkeit, W = Warenvolumen und P = Preisniveau bedeutet. Aber auch diese Gleichung hat *Fisher* noch einmal erweitert, indem er das Giralgeld, die Bankdepositen, in die Verkehrsgleichung mit einbezog, sodaß diese nunmehr endgültig so lautete:

$$G \times U + G' \times U' = W \times P$$

also: (Bar-)Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit plus Giralgeldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit gleich dem Produkt aus Warenvolumen mal Preisniveau.

Milton Friedman Geldmengenbegriff

Unglücklicherweise hat *Milton Friedman* diesen Geldmengenbegriff auch übernommen. So lautet z. B. seine *Geldmengen-Definition* in »Kapitalismus und Freiheit«: »Bargeld außerhalb des Bankensektors plus alle Einlagen bei den Banken« (Seite 81), oder, an anderer Stelle: »Kasse plus Depositen« (Seite 73). *Friedman* unterscheidet also *nicht* zwischen der reinen *Zentralbankgeldmenge*, d. h. der Summe des von den Zentralbanken in Umlauf gegebenen Bargeldes plus den Mindestreserven der Geschäftsbanken bei der Zentralbank (das ist also die »Geldbasis«, weil das Zentralbankgeld die Grundlage für die Produktion von Giralgeld und Krediten bildet), und dem *Geldvolumen M1*, d. h. der Zentralbankgeldmenge plus den Sichteinlagen inländischer Nichtbanken bei den Geschäftsbanken und bei der Zentralbank (vermindert um die Einlagen Öffentlicher Haushalte bei der Zentralbank). Das aber heißt, daß *Friedman* tatsächlich keine ganz bestimmte Geldmenge zur Grundlage der von ihm vorgeschlagenen »Geldmengenregel« gemacht hat, denn die in dem Geldvolumen M1 enthaltenen Sichteinlagen sind unter Umständen den allergrößten Schwankungen unterworfen (wie u. a. die Bundesbankausweise belegen) ganz entsprechend den jeweiligen Wirtschaftsbewegungen. Damit ist aber klar, daß von der Zunahme oder Abnahme der Depositenguthaben nicht die geringste Einwirkung auf Veränderungen der *Kaufkraft* des Geldes

ausgehen kann (vgl. hierzu vor allem *Karl Walker*: »Neue Europäische Wirtschaftsordnung« Zitzmann 1962).

> »Die im Giralgeld-Angebot verkörperte Nachfrage ist – weil sie in der ganzen Summe des Depositenvolumens überhaupt nur *rechnerischer Gegenwert vor Gütersubstanz* sein kann – hinsichtlich irgendwelcher Einwirkungen auf das Preisniveau im Sinne der Quantitätstheorie absolut unwirksam.« (*Walker* Seite 91)

Und es ist damit ferner klar, daß die Zentralbank unter sonst gleichen Bedingungen die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes überhaupt nicht in der Hand hat.

Die Geldmengenregel

Milton Friedman aber plädiert für eine *stetige Geldmengenvergrößerung* in Höhe von zwischen zwei bis fünf Prozent p. a., wobei, ganz gleich für welche Rate sich die Währungsbehörde einmal entschieden hat, diese Rate auf Dauer und öffentlich bekannt durchgehalten werden müsse. Und er definiert seinen *Geldbegriff* in der »Optimalen Geldmenge« (Seite 71) wiederholt so: »Das Währungsgeld außerhalb der Banken zuzüglich sämtlicher Sicht- und Termindepositen der Geschäftsbanken.«

Hinsichtlich der *Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes hat *Friedman* kein gesondertes Konzept entwickelt, er vertraut vielmehr darauf, daß sein konstantes Geldvermehrungskonzept im Gleichschritt mit der Produktionsentwicklung erfolgt – und zwar auch dann, wenn Arbeitslosigkeit herrscht. Denn er ist überzeugt davon, daß es ein »natürliches Unterbeschäftigungsniveau« (s. »Optimale Geldmenge« Seite 144) gibt, das von geldmengeninduzierten Preisniveauänderungen und Erwartungen, sowie von einer zinsabhängigen Liquiditätspräferenz *(Keynes)* unabhängig sei, denn es sei vielmehr das Ergebnis struktureller Arbeitsmarktbedingungen.

In Kapitel 7 »Zinssätze und Geldnachfrage« (Seite 199–217) setzt sich *Friedman* eingehend mit der keynesianischen Liquiditätstheorie auseinander. Er schreibt u. a.:

> *»Keynes'* Analyse der Liquiditätspräferenz und der Wirkungsweise der Zinssätze auf die nachgefragte Geldmenge ist gewiß ein grundlegender Beitrag zur Geldtheorie und hat bedeutende und wertvolle Forschungen induziert. Dieser Teil seiner Untersuchungen bewegt sich jedoch noch in traditionellen Denkkategorien. Tatsächlich war dies aufgrund seines streng quantitätstheoretischen Ansatzes in seinem ›Tract on Monetary Reform‹ auch vorauszuahnen. Gewiß erkannten auch *Irving Fisher* und andere Vertreter der Klassik (so *Pigou)* die Auswirkungen der Zinssätze auf die Umlaufgeschwindigkeit. In meiner eigenen theoretischen Ab-

handlung ›The Quantity Theory of Money – A Restatement‹ betone ich selbst die Bedeutung der Zinssätze in der Geldnachfragefunktion, ohne allerdings im entferntesten die keynesianische Revolution oder *Keynes'* Angriff gegen die Quantitätstheorie zu akzeptieren.

»Die spezifisch keynesianische Neuerung auf diesem Gebiet war, glaube ich, der Gedanke, daß die absolute Liquiditätspräferenz, d. h. die Liquiditätsfalle oder eine unendlich elastische Geldnachfrage in heftigen Depressionen empirisch relevant sein könnte. Wie bereits festgestellt, hat diese empirische Behauptung in der Tat weitreichende theoretische Implikationen. Für die bloße Einführung von Zinssätzen in die Geldnachfragefunktion gilt dies nicht.« (Seite 213/214)

Und am Ende seiner Auseinandersetzung mit *Keynes'* Liquiditätspräferenz statuiert *Friedman:*

»Schließlich schien mir immer wieder das *Hauptargument* für die (Geldmengen-)Regel viel weniger in der Glättung kleinerer Konjunkturschwankungen zu liegen, als in der Tatsache, daß sie jene wesentlichen Fehler der Geldpolitik, die von Zeit zu Zeit so verheerende Wirkungen zeitigten, ausschließen würde. Diese Überlegung steht in keinem Zusammenhang mit der Zinselastizität der Nachfrage.« (Seite 217)

Damit ist für *Milton Friedman* der Gedanke an eine Sicherung des Geldumlaufes mit monetären Mitteln endgültig vom Tisch gewischt. Und die Währungspolitiker der westlichen Demokratien laborieren weiter mit untauglichen Instrumenten an dem Problem der Lösung des »magischen Dreiecks« Geldwertstabilität – Vollbeschäftigung – Außenwirtschaftlichem Gleichgewicht...

Tauschmittel und »Bleibe«

Kehren wir noch einmal zum Ausgangspunkt der »Optimalen Geldmenge« zurück. *Friedman* beginnt mit der Betrachtung einer einfachen stationären Wirtschaft, die sich in einem Gleichgewichtszustand befindet, und er fragt nun: »Warum sollten die Wirtschaftssubjekte in diesem (vereinfachten hypothetischen) Gemeinwesen danach streben, Geld zu halten?« Darauf seine Antwort:

»Die grundlegende Ursache ist in der Funktion des Geldes als *Tauschmittel* oder als zeitweiliger *›Bleibe‹* der Kaufkraft zu sehen, die die Notwendigkeit des berühmten ›doppelten Zufalls‹ beim reinen Tauschgeschäft vermeidet. Ohne Geld muß ein Wirtschaftssubjekt, das A gegen B tauschen will, jemanden finden, der gerade B gegen A zu tauschen wünscht. In einer Geldwirtschaft kann das Individuum das Gut A gegen Geld oder allgemeiner gegen Kaufkraft an irgend jemanden, der A haben will und

über die Kaufkraft verfügt, verkaufen. Der Verkäufer von A kann dann B gegen Geld von irgend jemanden kaufen, der B zum Verkauf anbietet, ohne Rücksicht darauf, was der Verkäufer von B seinerseits kaufen will. In dieser *Trennung* von Verkaufs- und Kaufvorgang liegt die fundamentale produktive Funktion des Geldes. Sie führt zu dem von der Literatur betonten *Transaktionsmotiv.«*

»Ein zweiter Grund für die Geldhaltung liegt in dem Streben nach einer Reserve für zukünftige Notfälle. In der Wirklichkeit ist das Geld nur einer von vielen Vermögensgegenständen, die diese Funktion ausüben können. In unserer Modell-Welt ist es der einzige derartige Gegenstand. Der aufgezeigte Grund entspricht dem *Vermögensmotiv* der Kassenhaltung.« (Seite 12)

Mit diesen Begriffen »Tauschmittel« und »Bleibe«, sowie »Transaktionsmotiv« und »Vermögensmotiv« *ist der Kern des Geldproblems bereits angesprochen.* Während *Irving Fisher* im Gelde ausschließlich ein *Tauschmittel* gesehen hat, geht es *Friedman* um ein Geld, das zugleich ein hortbares *Sparmittel* ist. Ja er sieht im Gelde ausdrücklich ein *»Kapitalgut«* (Seite 78). Ihm kommt es nicht, wie *Keynes,* auf die *»wirksame Nachfrage«* und auf die Überwindung der *»Liquiditätspräferenz«* der Kassenhalter an, sondern auf *»Geldmenge und Kassenhaltung«* als solche. Nur nebenbei nimmt er an, daß die Geldmenge in Verbindung mit der Kassenhaltung das Preisniveau bestimmt und daß über die Kassenhaltung auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes manipuliert werden kann (vgl. Seite 10–13, sowie E. G. Diehl, »Zwei Berufsökonomen und ein Außenseiter«, Villingen 1977).

Nominales Geld und reales Geld

Die Sache wird aber noch komplizierter dadürch, daß *Friedmans Geldbegriff* ein anderer ist als das, was wir unter Geld verstehen. Für *Friedman* spielt die Unterscheidung zwischen der nominalen und der realen Geldmenge die zentrale Rolle« (Seite 17). Für ihn ist der Realkasseneffekt, der die Geldsphäre zum Anhängsel der Gütersphäre macht, allein entscheidend. Die Wirtschaftssubjekte halten Nachfrage nach »realen« Kassen, die »von nominellen geldlichen Werten unabhängig sind« (Seite 86). Nicht das nominelle Zentralbankgeld (Bargeld, Münzen, Zentralbankguthaben) usw. meint also *Friedman* mit dem »realen Geld«, sondern die Güter und Dienstleistungen, die man mit Geld kaufen kann. Damit ist für *Friedman* nicht mehr das nominelle Geld der Maßstab für die Bewertung der Güter usw., sondern diese werden zum »realen Maßstab« für das nominelle Geld. Wird also die nominelle Geldmenge erhöht, ohne daß das Sozialprodukt in gleicher Weise steigt und ohne daß (zunächst) das Preisniveau mitsteigt, so ist die »reale« Kasse zu hoch, die Wirt-

schaftssubjekte werden mehr konsumieren; dadurch aber steigt die Nachfrage und mit ihr das Preisniveau, bis es wieder zum alten Gleichgewicht zwischen Sozialprodukt und Geldmenge kommt, so daß außer dem (nominellen) Preisniveau alle ökonomischen Größen unverändert geblieben sind. *Friedman* wörtlich hierzu:

»Da die Verkaufspreise der Güter typischerweise auf eine unerwartete Erhöhung der Nominalnachfrage schneller reagieren als die Preise der Produktionsfaktoren, sind die bereits ausgezahlten Reallöhne gesunken, obgleich die von den Arbeitnehmern erwarteten Reallöhne gestiegen sind, da die Arbeitnehmer das Lohnangebot automatisch mit dem früheren Preisniveau bewerten. Tatsächlich sind es das gleichzeitige ex post-Absinken der Reallöhne aus der Sicht der Arbeitgeber und der ex ante-Anstieg der Reallöhne aus der Sicht der Arbeitnehmer, die einen Beschäftigungszuwachs ermöglichten. Aber das ex post-Absinken der Reallöhne wird schon bald die Erwartungen beeinflussen. Die Arbeitnehmer werden mit Preissteigerungen der von ihnen gekauften Güter zu rechnen beginnen und in der Zukunft höhere Nominallöhne verlangen. Die ›Markt‹-Unterbeschäftigung liegt unter dem ›natürlichen‹ Niveau. Es besteht eine Überschußnachfrage nach Arbeit, so daß die Reallöhne tendenziell wieder ihrem Ausgangsniveau zustreben« (Seite 147). Kurzum:

»Es besteht immer eine vorübergehende Diskrepanz zwischen Inflation und Unterbeschäftigung, es gibt jedoch keine permanente. Die vorübergehende Diskrepanz resultiert nicht aus der Inflation an sich, sondern aus der nicht erwarteten Inflation, d. h. generell aus einer steigenden Inflationsrate« (Seite 148).

Zum Abschluß

So hat *Friedman* selbst, schon vom Ansatz her (Tauschmittel und Bleibe, nominales Geld und reales Geld), sein Ziel verfehlt, das der selbst wie folgt definiert hat:

»Die erste und wichtigste Lektion, die uns die Geschichte über die Möglichkeit der Geldpolitik erteilt – eine Lektion von überaus grundlegender Wichtigkeit – ist jene, daß die Geldpolitik verhindern kann, daß das Geld selbst zu einer Hauptquelle wirtschaftlicher Störungen wird« (Seite 150).

Und weiter:

»Von den verschiedenen alternativen Größen, die sie (die Währungsbehörde) kontrollieren kann, sind die geeignetsten währungspolitischen Leitgrößen die *Wechselkurse,* das durch einen bestimmten *Index* definierte *Preisniveau,* sowie das *Volumen einer monetären Gesamtgröße* – z. B. das umlaufende Währungsgeld zuzüglich berichtigter Sichteinlagen

oder diese Gesamtmenge zuzüglich der Termindepositen der Geschäftsbanken oder eine noch weiter gefaßte Größe. ...Von den aufgeführten drei Leitgrößen ist das Preisniveau seiner Natur nach eindeutig das Wichtigste ... « (Seite 152).

Wie soll das alles nur zusammenpassen:

Eine stetige, gleichbleibende Geldmengenvermehrung ohne Bindung an den Lebenshaltungskosten-Index und ein stabiles Preisniveau;

ein Geldvolumen ohne Begrenzung auf die einzig kontrollierbare Zentralbankgeldmenge – und Geldwert- und Preisniveau-Stabilität;

Dauerkonjunktur und (nur) »hoher Beschäftigungsgrad« – und keinerlei Maßnahmen zur Sicherung eines stetigen Geldumlaufes! ...

So kann man sich schließlich nicht des Eindruckes erwehren, daß es *Milton Friedman* mit der Verteidigung und Lobpreisung des Wettbewerbs-Kapitalismus letztlich überhaupt nicht auf die Herbeiführung einer freiheitlichen Marktwirtschaftsordnung für *alle* Menschen ankommt, sondern lediglich auf die Sicherung der »Freiheit« der Kapitalisten, ihr Geld (als Geldkapital) im Wege der Kreditgewährung gegen möglichst hohe Zinsen, ohne jede weitere Leistung, versteht sich, für sich »arbeiten« zu lassen – und sei es, daß man notfalls, wenn keine »interessante« Anlage des Geldes zu erwarten ist, dieses eben zurückhält, hortet, bis sich die Konjunktur wieder erholt hat. Ob sich in der Zwischenzeit die Arbeitslosigkeit – die man ja ohnehin nie ganz überwinden könne – erhöht, muß man hinnehmen.

Was bleibt also von *Friedmans* »Monetarismus«? Gewiß: die Forderung einer auf Dauer angelegten Geldmengenpolitik und deren Absicherung durch freibewegliche Wechselkurse; dazu der Verzicht auf »antizyklische« Stabilisierungspolitik wie auf Fiskalpolitik überhaupt; und ganz allgemein der Gedanke der Stetigkeit der Wirtschafts- und Währungspolitik, der insofern der von *Walter Eucken* in den »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik« erhobenen Forderung der »Konstanz der Wirtschaftspolitik« entspricht (vgl. *Thieme* a. a. O. Seite 29/30).

Vor allem aber ist kennzeichnend für *Friedman* seine Ablehnung jeder Art von Staatssozialismus, der den Einzelnen seiner Selbstbestimmung, seiner Selbstverantwortung, seiner Freiheit beraubt. Nur – *wie* man in praxi zu einer Marktwirtschaft gelangen könnte, die allein auf den Entscheidungen freier Individuen beruht und die auch auf Dauer funktioniert – auf diese Frage bleibt *Friedman* die Antwort schuldig.

Quellennachweis

Milton Friedman: »Kapitalismus und Freiheit« Seewald-Verlag Stuttgart 1971, »Die Optimale Geldmenge und andere Essays« Verlag moderne Industrie München 1970

Bartling-Luzius: »Grundzüge der Volkswirtschaftslehre« Verlag Vahlen München 1981

Emil Georg Diehl: »Zwei Berufsökonomen und ein Außenseiter« Selbstverlag Villingen 1977
Irving Fisher: »Feste Währung« Freiheits-Verlag Heidelberg 1948
John Maynard Keynes: »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, Berlin 1955
Hansjörg Herr: »Geld – Störfaktor oder Systemmerkmal« aus » Prokla – Zeitschrift für politische Ökonomie und soziale Politik« Nr. 63, Berlin 1986
Paul-Heinz Koesters: »Ökonomen verändern die Welt« Goldmann-Stern-Bücher Hamburg 1982
Alfred Kruse: »Geschichte der wirtschaftlichen Theorien« Duncker & Humblot, Berlin 1959
H. Jörg Thieme: »Keynesianismus-Monetarismus: »Was bleibt?« in »Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft«, Tübingen 1982
Karl Walker: »Neue Europäische Währungsordnung« Zitzmann-Verlag Lauf b/Nürnberg 1962
Harald Winkel: »Die Volkswirtschaftslehre der neueren Zeit« Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1978
Artur Woll: »Die Renaissance der Quantitätstheorie« J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1974
A. Woll-G. Vogl: »Geldpolitik«, Gustav Fischer Stuttgart 1976
Elimar Rosenbohm: »Von Friedman nichts Neues zur Quantitätstheorie?« in SG-Kommentare Nr. 8, Dez. 1976

Ökologie und Staatshaushalt*

»Gute Haushälterschaft« als öffentliche Aufgabe
Eine ethisch-politische Einführung in die Tagungsthematik

Wie im täglichen Leben jedes einzelnen, so ist auch in der Politik das Geld der Nervus rerum. »Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles!« Darum sind die Finanzpläne der Staaten getreue Spiegelbilder ihrer jeweiligen Politik. Gute Politik gleich gute Haushälterschaft und umgekehrt.

Unter umweltpolitischen Aspekten kann eine »gute Haushälterschaft« nur dann gegeben sein, wenn die Durchführung des Finanzhaushaltes an der Belastung und Erschütterung des Naturhaushaltes nicht mehr als unvermeidlich beteiligt ist. Diese Voraussetzung voll erfüllt zu haben, kann dem Bundeshaushalt 1987 weder auf der Einnahmen- noch auf der Ausgabenseite bescheinigt werden.

Für die Einnahmenseite ist in erster Linie die Steuerpolitik maßgebend. Diese setzt grundsätzlich auf ein »wertneutrales« System, das die Produzenten und Konsumenten umweltschonender Produkte gleichermaßen zur Kasse bittet, wie die Produzenten und Konsumenten umweltbelastender Produkte. Mit dieser Neutralität bietet das System – von kleinen Ausnahmen wie dem § 7d EstGes. abgesehen – keinen Anreiz, Rohstoffe und Energie zu sparen und umweltschonende Methoden und Güter zu entwickeln. Ja teilweise gehen von diesem System sogar umweltschädliche Lenkungssignale aus, so z. B., wenn die Besteuerung der menschlichen Arbeit für die Unternehmer zum Anlaß wird, die so verteuerte Arbeit durch Maschinen und Energie zu ersetzen und damit eine in aller Regel umweltschädliche Rationalisierung zu betreiben.

Es mehren sich deshalb die Vorschläge, die bisher hauptsächlich lohnbezogene Finanzierung des Staates durch eine umweltbezogene zu ersetzen oder doch wenigstens zu ergänzen. Von Überoptimisten wird sogar schon von einer »Renaissance der nicht-fiskalischen Steuerzwecke« gesprochen. Die Einwände gegen derartige Vorschläge richten sich vorwiegend auf den Widerspruch zwischen der fiskalischen Funktion und der Lenkungsfunktion von umweltbezogenen Steuern. Je umweltfreundlicher sich die Steuerpflichtigen verhalten, desto geringer wird das Steueraufkommen und desto unsicherer die Finanzierung der Staatsaufgaben. Da diese Einwände Gewicht haben, dürfte ein Mischsystem aus lohnbezogenen, aber entsprechend reduzierten Steuern einerseits und neuen umweltbezogenen Steuern und Abgaben andererseits die besseren Realisierungschancen auf seiner Seite haben. Zu den meistdiskutierten gehört jener Reformvorschlag, bei dem die den Produktionsfaktor Arbeit

* Vortrag, gehalten im Mai 1987 in der Evangelischen Akademie Bad-Boll, die die Nachdruckerlaubnis erteilt hat.

belastenden Sozialabgaben verringert und stattdessen Rohstoffabgaben erhoben werden sollen.

Natürlich gibt es gegen jeden Lösungsvorschlag viele Wenn und Aber. Entscheidend wichtig erscheint mir jedoch bei diesem Stand der Diskussion, daß die Notwendigkeit einer öko-sozialen Steuerreform zunehmend erkannt und in Fachkreisen ernsthaft nach praktikablen Lösungen gesucht wird. Die Umweltpolitik beginnt damit, zumindest in der fachlichen Diskussion, in ihre integrative Phase einzutreten. Das heißt, sie beginnt, die Fachpolitiken zu durchdringen, sich in diese zu integrieren, und sie dadurch umweltverträglich zu gestalten. Nur wenn dieser Schritt eines Tages auch in der Praxis gelingt, werden die Voraussetzungen geschaffen sein, bei den Einzelprojekten jenen Grad von Umweltverträglichkeit zu erreichen, der auf längere Sicht eine ökologische Stabilisierung ermöglichen kann. Denn ohne Änderung der einschlägigen Fachpolitiken können durch alle weiteren Umweltmaßnahmen in der Regel nur noch marginale Effekte erzielt werden.

Ich möchte nun an einem aktuellen Beispiel aus dem Agrarbereich weiter verdeutlichen, was mit integrativer Umweltpolitik gemeint ist. Es ist leider ein Negativbeispiel. Wie bekannt, erscheint – oder wird bald erscheinen – in den Haushaltsplänen einiger Bundesländer der sogenannte »Wasserpfennig«. Aus diesen Einnahmen sollen jene Landwirte entschädigt werden, die in Wasserschutzgebieten auf die üblicherweise sehr intensive Stickstoffdüngung verzichten und dadurch Eintragseinbußen erleiden, die ihnen aus verteilungspolitischen Gründen nicht zugemutet werden können oder sollen. Auf diese Weise soll vielerorts überhöhte Nitratbelastung des Grundwassers unter den zulässigen Grenzwert abgesenkt oder unter der Grenze gehalten werden.

Die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips würde demgegenüber bedeuten, die EG-Agrarpolitik zu ändern, die die Landwirtschaft zur ständig steigenden Intensivierung der Berwirtschaftungsmethoden zwingt und damit auch die Grundwasserbelastung letztlich zu vertreten hat. Da dies aber nicht geschieht, die Umweltpolitik, eben nicht bei der EG-Agrarpolitik ansetzt, werden ungerechte und kostspielige Ersatzlösungen erforderlich. Da bezahlt nun der Steuerzahler zunächst die umweltschädliche Agrarpolitik, weil diese mit Preisgarantien und Subventionen betrieben wird, dann zahlt er für die Lagerung und den subventionierten Absatz der auf diese Weise erzeugten Überschüsse, und zu guter Letzt zahlt er nun auch noch den Wasserpfennig, damit sein Trinkwasser durch diese falsche Politik nicht endgültig ungenießbar wird. Will man derart ungerechte Ersatzlösungen vermeiden, muß integrative Umweltpolitik betrieben werden, und das heißt, das Verursacherprinzip schon bei der Gestaltung der betreffenden Fachpolitik anzuwenden, um deren Umweltverträglichkeit sicherzustellen. Wo dazu die Möglichkeit oder die politische Kraft fehlt, dort muß man allerdings zu weniger

guten Ersatzlösungen greifen, wie dem Wasserpfennig, wenn Umweltschutz überhaupt stattfinden soll.

Was ich damit am Beispiel der Agrarpolitik aufzuzeigen versucht habe, das gilt nicht weniger für die Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik, was ich nun im folgenden noch weiter verdeutlichen möchte.

Wie eingangs schon erwähnt, verdient der Bundeshaushalt '87 auch auf der Ausgabenseite noch nicht uneingeschränkt das Prädikat der Umweltverträglichkeit. Der Vorsitzende des *Bund,* Herr Hubert Weinzierl, hat seinerzeit am Haushaltsentwurf '87 beanstandet, daß allein für die weitere Forschung und den weiteren Ausbau der Kernenergie 1 300 Millionen DM bereitgestellt seien – und das trotz Tschernobyl – während der Ansatz für die Erforschung der sparsamen Energieverwendung und der erneuerbaren Energiequellen lediglich bescheidene 200 Millionen DM betrüge. Hingegen seien für die Raumfahrt 750 und für die private Flugzeugindustrie 500 Mio. DM veranschlagt. Im Anschluß an diese Kritik hat Herr Weinzierl die Forderung erhoben, allein im Etat des Bundesforschungsministers ein bis zwei Milliarden unter ökologischen Aspekten umzuschichten. Jedoch, wie schon in den Jahren zuvor, hat diese Forderung auch diesmal bei den politisch Verantwortlichen keine Gegenliebe gefunden.

Fragt man ernsthaft nach den Gründen, stößt man an erster Stelle auf den Wachstumszwang dem unsere Wirtschaft unterliegt und dem sich auch der Staat unterstellt hat. Im Stabilitätsgesetz von 1967 ist das stetige Wachstum der Wirtschaft, gebündelt mit den Forderungen nach Vollbeschäftigung, Geldwertstabiltät und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht als staatliche Verpflichtung festgeschrieben.

Seiner Aufgabe, das wirtschaftliche Wachstum zu »verstetigen«, wie es heißt, wird der Staat unter anderem dadurch gerecht, daß er mit Milliardenbeträgen technische Großprojekte finanziert, in der Forschung, der Entwicklung, der Praxiseinführung und teilweise auch zur Sicherung des »rentablen« Betriebs. Schneller Brüter, Hochtemperaturreaktoren, Wiederaufbereitungsanlage, Zwischen- und Endlagerungseinrichtungen für Atommüll, Beseitigung ausgedienter Atommeiler – die neuerdings einfach in der Versenkung verschwinden sollen, wie man liest –, Kernfusion, Rüstung, Luft- und Raumfahrt sowie unrentierliche Kanalbauten, das sind einige Beispiele.

Bei dieser Art von staatlich betriebener Wachstumsförderung kommt die »gute Haushälterschaft« in ökologischer Hinsicht von vorneherein zu kurz, weil erstens neben diesen kapitalinteniven Mammutprojekten eine sanfte, dezentrale und umweltfreundliche Technologie – small is beautiful, nach Fritz Schumacher – schon aus finanziellen Gründen kaum noch eine Chance hat, und weil zweitens das durch die Großtechnologien begünstigte quantitative Wirtschaftswachtstum in der natürlichen Umwelt jene Schäden mitverur-

sacht, die L. Wicke vom Umweltbundesamt mit 100 Milliarden DM pro Jahr beziffert. Aber nicht nur in ökologischer, sondern auch ökonomischer Hinsicht treten bei diesem Vorrang der Großtechnologie alle auf »gute Haushälterschaft« gerichteten Vorsätze sehr bald in den Hintergrund. Denn die regulären Staatseinahmen reichen zur Finanzierung der äußerst kapitalintensiven Großprojekte bei weitem nicht aus, es müssen gut verzinsliche Großkredite auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden und die Staatsverschuldung steigt und steigt. Dazu einige Zahlen zur Veranschaulichung.
Von 1968 bis 1985, also seit Inkrafttreten des Stabiltitäts- und Wachstumsgesetzes, sind die öffentlichen Schulden in Bund, Ländern und Gemeinden von 116 auf 754 Milliarden DM gestiegen, das ist eine Steigerung von über 520%. Noch schneller gewachsen ist die Zinslast, nämlich von 6 auf 53 Milliarden, das sind sogar 850%. Allein um die zunehmende Zinslast zu tragen, muß sich der Bund ständig höher verschulden, die Neuverschuldung beträgt in diesem Jahr 22,3 Milliarden, sie wird im nächsten Jahr auf 28 und ab 1990 sogar auf 33 Milliarden ansteigen. Der Posten »Schuldzinsen« steht mit 34,2% der Gesamtausgaben schon heute an 3. Stelle hinter Soziales und Verteidigung. Die Zinsaufwendungen liegen nur noch um etwa 10% niedriger als die Ansätze für alle staatlichen Investitionen. Somit besteht ein krasses Mißverständnis zwischen der Entwicklung der Einnahmen des Bundes auf der einen und der Entwicklung der Schulden und der Zinslasten auf der anderen Seite.

Diese Zahlen und Vergleiche stellen die »gute Haushälterschaft«doch wohl einigermaßen ins Zwielicht, und es drängt sich die Frage auf: Was zwingt den Staat, das quantitative, umweltschädliche Wirtschaftswachstum ständig weiter anzuheizen, sich dadurch immmer höher zu verschulden, seiner eigenen Umweltpolitik immer höhere Hürden aufzubauen und die Steuerzahler immer stärker mit Schuldenzinsen zu belasten? Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz kann der Grund nicht sein, denn das könnte er ja aufheben oder ändern. Auch die Beschaffung von Arbeitsplätzen kann nicht der eigentliche Grund sein, da ja die Zahl der Arbeitslosen trotz allen Wirtschaftswachstums inzwischen auf 2,2 Millionen – manche sagen 2,5 Millionen – angestiegen ist und alle Berechnungen besagen, daß selbst ein wesentlich stärkeres als das erzielbare Wachstum die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen könnte.

Demgegenüber dürfte ein wesentlicher Grund für den Wachstumszwang bei dem durch Zins uns Zinseszins exponentiell wachsenden Finanzkapital zu finden sein, das ständig neue Anlage und Verzinsung sucht. Das Zinskapital verdoppelt sich heute alle 8 bis 10 Jahre. Von 1980 bis 1985 vermehrten sich die Geldvermögen jährlich im Schnitt um 204 Milliarden DM. So ist also durch den Zins und Zinseszins ein »starrer Vermehrungsmechanismus« in unser monetäres System eingebaut, der sich in der Wirtschaft als Wachstumszwang fortsetzt (nach R. Bischoff).

Das nach der Zinseszinsrechnung immer weiter wachsende Kapital erzwingt ein immerwährendes, möglichst entsprechendes großes Wirtschaftswachstum. Es entsteht der »Zwang, die Realproduktion dem steigenden Geldvolumen über die Grenzen natürlicher Kreisläufe des Werdens und Vergehens hinaus anzupassen«, schreibt der Nationalökonom Dieter Schad.

Über »politische Hebel« – seien es Parteispenden oder Mitgliedschaften in Aufsichtsräten – werden die öffentlichen Haushalte in dieses Spiel hineingezogen, indem sie zur Finanzierung von möglichst kapitalintensiven Großprojekten veranlaßt werden. Wenn sich nach den Worten von Bundespräsident Richard von Weizäcker eine »breite Kluft« aufgetan hat, »zwischen der Macht der Parteien im Staat einerseits und ihrer Befähigung zur Lösung der Probleme andererseits«, so drängt sich die Frage auf, ob vielleicht ein überschießender Einfluß monetärer Macht dafür die Ursache sein könnte. Denn auf der einen Seite zählt der Umweltschutz zu den noch ungelösten Problemen in unserer Parteidemokratie, und auf der anderen Seite erwecken Kapitalvermehrung, Wirtschaftswachstum, Staatsverschuldung und Umweltzerstörung den Eindruck, in einem engen, inneren Zusammenhang zu stehen.

An dieser Stelle liegt natürlich – gewissermaßen zur Entkräftung dieser Annahmen – der Hinweis auf die Staaten des Ostblocks nahe, wo bekanntlich kein derartiger Vermehrungsmechanismus des Zinskapitals am Anfang der genannten Ursachenkette steht, wo aber die Umweltschädigung dennoch ebenfalls grassiert, denn die Wälder sterben dort, so z. B. im Erzgebirge, sogar noch schneller als bei uns, die Werra wird nicht weniger versalzen als der Rhein, und die gelegentlich bis zum Smog verdichtete Luft in Westberlin ist keine hausgemachte, sondern eine zu erheblichen Teilen aus der DDR Kalamität. Es muß demnach noch eine andere, noch tiefer liegende gemeinsame Ursache geben, die hüben wie drüben wirksam ist, die aber nicht das Zinskapital sein kann, weil dieses binnenwirtschaftlich im Ostblock keine Rolle spielt. Diese tiefste und gemeinsame Wurzel des Übels ist der materialistische Zeitgeist, und dessen wichtigsten Instrumente sind im Westen das Zinskapital und im Osten der staatliche, auf Wachstum getrimmte Wirtschaftsplan, der über den Staatshaushalt verwirklicht wird. Für beide Systeme ist dadurch die ständige Steigerung der Produktivität nahezu zum Selbstzweck geworden, und da wie dort treffen wir, um es mit den Worten Martin Heideggers zu sagen »auf dieselbe trostlose Raserei der entfesselten Technik«, mit der Folge weltweiter Umweltzerstörung.

Die materialistische, verzichts- und umweltfeindliche Geisteshaltung wiederum ist hüben wie drüben eng verknüpft mit dem naturwissenschaftlich verengten Welt- und Menschenbild. Deshalb wäre die wirklich »kausale Therapie für Mensch und Erde« die Hinwendung zu einem wieder ganzheitlichen

Welt- und Selbstverständnis des Menschen, in Verbindung mit seiner Rückkoppelung an die geistig-sittliche Dimension seines Ursprungs, was ich 1980 in der Broschüre »Umwelt und Ethik« zu begründen versucht habe. Wo dies gelänge, wäre ein entscheidender Schritt vom Haben zum Sein vollzogen, die materielle Wohlstandsmehrung wäre als Daseinsziel ins zweite Glied versetzt und damit dem Natur- und Lebensschutz ein entscheidender Dienst erwiesen.

Da aber eine derart »kausale Therapie« keine schnellfertige Sache sein kann, sondern ein sich über Jahrzehnte erstreckender Prozeß, sind wir gehalten, auch nach rascher wirkenden Maßnahmen Ausschau zu halten und zu diesem Zwecke insbesondere auch das im Westen wirkende Werkzeug, das Zinskapital und dessen Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum, Staatsverschuldung und Umweltzerstörung genauer unter die Lupe zu nehmen.

Nehmen wir einmal ganz simpel an, daß jährlich 6% Zinsen aus dem Sozialprodukt erwirtschaftet werden müssen. Wenn wir kein Wachstum hätten und Preissteigerungen nach der Marktlage nicht möglich wären, dann müßten die 6% allein von den arbeitenden Menschen durch Mehrarbeit oder Lohnverzicht aufgebracht werden. Dies aber würde die Arbeitsbedingungen ständig verschlechtern und sozialen Sprengstoff anhäufen bis zur Explosion. Wenn wir dagegen Jahr für Jahr ein Wachstum von 6% erreichen würden, dann könnten die Zinsforderungen des Kapitals zwar aus dem Zuwachs befriedigt werden, aber dann würde das System alsbald an unübersteigbare ökologische Grenzen stoßen, weil die Natur nicht wie das Geldkapital vermehrbar ist. Der Mittelweg, den unsere Wirtschaft derzeit geht, mit einem Wachstum von 2 – 3%, verteilt die angenommene Zinslast einerseits über steigende Preise auf die Verbraucher und andererseits auf die arbeitenden Menschen und – last not least – auf die Natur. Diese Lastenverteilung ermöglicht zwar ein längeres Stillhalten der Betroffenen, aber die Lösung der Probleme bringt es nicht, es führt nur langsamer in die Krise und den Kollaps.

Es kommt deshalb nicht überraschend, wenn diese Zusammenhänge von verschiedenen Seiten immer nachdrücklicher angesprochen werden. In dem Seminar zum Thema »Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie«, das Anfang März hier in der Akademie* stattgefunden hat, wurde von dem Biologen und Theologen *Günther Altner*, u. a. die These vertreten: »Ein Wirtschaftskonzept, bei dem . . . von unbegrenzbarer Geldvermehrung ausgegangen wird, ruiniert zwangsläufig die irdische Schöpfung.« Weshalb dies in der Tat eine schier unausweichliche Folge ist, läßt sich bei dem Wirtschaftswissenschaftler *Hans Christoph Binswanger*, der als Autor und Kämpfer für eine ökostabile Marktwirtschaft bekannt ist, nachlesen. In dem Buch »Geld und

* Ev. Akademie Bad Boll, März 1987

Magie« – Untertitel: »Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft anhand von Goethes Faust« – erblickt Binswanger in der Kapitalvermehrung einen Akt moderner »Alchemie«, nämlich die Möglichkeit, »wie man zu Geld kommen kann, ohne es vorher durch entsprechende Anstrengung verdient zu haben«. Der Stein der Weisen, der modernen Wirtschaftsalchemisten liege im Geldkapital, »das, selber Geld, wiederum Geld schafft«, nämlich durch Zins und Rendite. Das so gewonnene Neugeld fließt wieder in die Wirtschaft und dieser neue Geldmehrwert sei nur durch neues Wachstum zu realisieren, wodurch immer weitere Teile der Welt verwirtschaftet werden, zumal die Natur eben nicht wie das Geldkapital vermehrbar ist. Und das Fatale bei der Sache sei, daß in dem Wachstumsstreben der alchemistischen Wirtschaft die Sicht auf die damit verbundenen Grenzprobleme, wie der Erschöpflichkeit der natürlichen Hilfsquellen und die Umweltzerstörung, verloren gehe, man werde blind für solche Begrenzungen der Grenzenlosigkeit des Wirtschaftslebens. So werde schließlich, wie Binswanger zusammenfaßt, »das Gelingen des alchemistischen Prozesses zur Ursache des Scheiterns«. Und man muß wohl hinzufügen: Soweit der Staat mit den erwähnten Wachstumshilfen das Gelingen fördert, fördert er zugleich das Scheitern. Daraus resultiert die Forderung an den Staat, das umweltschädliche Wachstum nicht länger über den Finanzhaushalt zu fördern und auf längere Sicht gesehen Maßnahmen zu ergreifen, die den starren Wachstumsmechanismus unterbinden.

Gewisse Anzeichen für ein drohendes Scheitern sind nämlich schon heute sichtbar. Die Schere zwischen Leistung und Verschuldung klafft in unserer Volkswirtschaft immer weiter auseinander. In Prozent des Bruttosozialprodukts als Maßstab für die Leistung ist die Verschuldung von 67% im Jahre 1950 auf 183% im Jahre 1985 gestiegen. Die Verschuldung nimmt seit 1950 etwa 2 ½ mal schneller zu als die volkswirtschaftliche Leistung und die Einkommen der privaten Haushalte. Die Zinslastanteile sind von 1950 bis 1984 sogar 3,6 mal so schnell gestiegen wie die verfügbaren Einkommen.

Richten wir den Blick wieder auf die öffentlichen Haushalte, so stellen wir fest, daß dort die Zinszahlung bereits im Jahre 1984 für alle öffentlichen Haushalte zusammen mit 53 Milliarden über den Verteidigungsausgaben lagen und auch bereits höher waren, als die Kosten der Arbeitslosigkeit. Sie betrugen täglich nicht weniger als 145 Millionen DM. Diese enorm hohen Zinsverpflichtungen der öffentlichen Haushalte verhindern zwangsläufig, die dadurch gebundene Finanzkraft für bessere Zwecke einzusetzen, etwa für die dringend gebotene Umrüstung der Wirtschaft zu einer umweltfreundlichen Produktions- und Dienstleistungsstruktur durch eine Art ökologischer Globalsteuerung der wirtschaftlich-technischen Entwicklung, etwa durch ökologisch orientierte Entwicklungs- und Beschäftigungsprogramme, die in einer wirklich sozialen Marktwirtschaft nicht als Fremdkörper empfunden werden dürften.

Eine weitere Datenreihe läßt erkennen, daß in unserer Volkswirtschaft ein »monetärer Wasserkopf« (Dieter Suhr) schier unaufhaltsam heranwächst.

Von 1968 bis 1984 sind die Unternehmereinkommen um 150%, die Nettolöhne und -gehälter um 180%, das BSP um 230%, die Zinserträge der Banken jedoch um 680% und die Zinsen für private Schulden und für öffentliche Schulden um 850%angewachsen. Den angeschwollenen Zinsströmen entsprechend sind natürlich auch die Geldsummen bei den Kapitalgebern angestiegen; die Geldvermögen sind in der Bundesrepublik von 60 Mrd. im Jahr 1950 auf 3360 Mrd. DM 1985 angewachsen. 1986 war für die Großbanken wieder ein Rekordjahr, wie man liest. Wir haben also ein sehr ungleiches Wachstum der einzelnen Teile des sozialen Organismus. Ein Organismus aber wird unstabil, wenn sich seine Teile nicht an der Entwicklung des Ganzen orientieren.

Zu beachten ist ferner die Tatsache, daß das den Kapitalinhabern zuwachsende Zinskapital nicht unmittelbar zur Nachfrage nach Waren, Dienstleistungen oder Investitionen führt, sondern zur Nachfrage nach weiteren Zinsen und Renditen. So findet man (nach D. Suhr) in den Kassen der Kapitalinhaber »Geld ohne Bedarf« und auf der anderen Seite, vor allem bei den Unternehmern, die für sinnvolle Investitionen nicht das nötige Kapital besitzen, »Bedarf ohne Geld«. Der Bedarf wird aber nur in Verbindung mit dem nötigen Geld zur »Nachfrage« und für die Wirtschaft interessant. Deshalb muß das Geld erst aus den »vollen Kassen ohne Bedarf« in die »leeren Kassen mit Bedarf« umgeleitet werden, um wieder dem Austausch von realen Leistungen dienen zu können. Diese Umleitungen kosten aber in unserem monetären System riesige Summen an Zinsen, sie sind wahrlich äußerst »kostspielige Umwege«.

Diese Tatsache dürfte erklären, weshalb die Unternehmereinkommen in der genannten Datenreihe mit einem Wachstum von nur 150% am unteren Ende der Skala stehen. Wenn ein Unternehmer wie üblich mit Fremdkapital arbeitet, muß er Jahr für Jahr die Zinsen erwirtschaften. Entsprechend muß er entweder rationalisieren, was unter den gegebenen Umständen meist nur auf Kosten der Arbeitsplätze und der natürlichen Hilfsquellen möglich ist, oder er muß den Absatz steigern. Ist der Markt gesättigt, tritt neben die Bedarfsdeckung die Bedarfsweckung, und deren Mittel sind der eingebaute Verschleiß und die raffinierte Werbung und Mode, die es verstehen, Produkte weit über den natürlichen Bedarf hinaus in den Markt zu pressen. So ist es häufig nicht das viel gescholtene Profitstreben, das die Unternehmer den Arbeitern, den Verbrauchern und der Natur gegenüber auf derart fragwürdige Weise handeln läßt, sondern es ist die reine Existenznot: »Entweder sie erwirtschaften den Wachstum erzwingenden Zinsbetrag, oder sie gehen unter« (R. Bischoff).

Nicht wenige gehen Jahr für Jahr tatsächlich unter, weil das Zinskapital auch einen gewaltigen Konzentrationsprozeß in Gang setzt.

Die Großunternehmen, richtigerweise »Konzerne« genannt, die sich zunehmend von »Produzenten zu Rentiers« verwandeln (D. Schad) und dann oft mehr vom Zinsertrag als von der Leistung profitieren, schlucken die Kleinen und Mittleren, die weit weniger zu den Zinsnehmern als zu den Zinszahlern gehören. Die Firmenpleiten haben 1986 einen traurigen Nachkriegsrekord (mit 13 639 Konkursen und Vergleichen) erreicht, und das bei bereits 2,2 Millionen Arbeitslosen, die dem Staat jährlich runde 55 Milliarden DM kosten. So muß man wohl, wie bei den politischen Führungskräften, auch bei den Unternehmern fragen, wieviel von ihrer Entscheidungsfreiheit wohl schon auf monetäre Mächte übergegangen ist und wo die Grenzen des Erträglichen verlaufen.

Der Hauptleidtragende der aufgezeigten Entwicklung ist neben der schwer betroffenen Natur letzten Endes der Mensch als Verbraucher und Arbeiter. Betrachten wir dazu noch einige aufschlußreiche Zahlen. Bereits heute soll danach die Zinsquote, die jeder Einwohner mit jeder ausgegebenen Mark bezahlt, bei der Müllabfuhrgebühr 12%, beim Wasserzins 38%, bei den Steuern 45%, bei den Abwassergebühren 47%, bei Lebensmitteln 50% und bei der Kostenmiete sogar 77% betragen (nach H. Creutz). Durchschnittlich werden danach die Preise durch den Zins um etwa ⅓ verteuert, das heißt, jede dritte ausgegebene Mark ist eine Zinsmark, für die der Verbraucher keine Gegenleistung erhält.

Diese Zahlen sollte sich jedermann vor Augen halten, wenn er sich am Jahresende über die Gutschrift von 2–3% Zinsen auf seinem Sparkonto freut. Nicht weniger als 80% der Bevölkerung haben einen negativen Zinssaldo, das heißt, sie haben mehr Zins bezahlt als sie eingenommen haben. Um die Zinsbilanz auszugleichen, müßte ein Kapital von 270 000 DM mit 6%iger Verzinsung angelegt werden können. Wer hat das schon! Lediglich 10% der Bevölkerung können ihre Zinsbilanz auf diese Weise ausgleichen. Die letzten 10% kassieren die Zinsen, die von den 80% aufgebracht wurden. Das Geldkapital wächst in der Bundesrepublik täglich um über 500 Millionen DM und jeder arbeitende Mensch muß inzwischen schon beinahe jede dritte Stunde für die Kapitalverzinsung arbeiten.

So verschafft der Zins einer kleinen Minderheit von Kapitalinhabern ein ständig steigendes, reines Besitzeinkommen ohne eigene Leistung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit. Von daher wird das vernichtende Verdikt Martin Luthers verständlich. Für ihn war der Zins »das größte Unglück der deutschen Nation ..., ein in der Wolle gefärbter Dieb, ... ein großes Ungeheuer ähnlich einem Werwolf, der alles verwüstet ...« (Lothar Vogel).

Nach alldem müßte das unbefangene ethische Empfinden die Kapitalverzinsung in der üblichen Form und Höhe ablehnen, weil sie einerseits die ehrliche Arbeit ausbeutet und andererseits die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Und aus dieser Ablehnung müßte konsequenterweise die Forderung resultieren, die neue Phase der integrativen Umweltpolitik auch auf das monetäre System zu erstrecken und neben einer öko-sozialen Steuerreform auch eine öko-soziale Geldform zu verlangen. Wenn für 80% der Bevölkerung das Zinssystem eine so verlustreiche Angelegenheit ist, müßte es entsprechender Aufklärung gelingen, demokratische Mehrheiten zu mobilisieren, die dem Druck des Zinskapitals von oben einen überwiegenden Wählerdruck von unten entgegensetzen.

Eine wirksame Aufklärungsarbeit dürfte sich natürlich nicht auf die Kritik am Zins beschränken, sie müßte auch sagen können, was ihn zurückdrängen oder an seine Stelle treten soll, denn der Zins hat in unserer Wirtschaft unbestrittenermaßen eine wichtige Funktion: er sorgt dafür, daß das Blut der Wirtschaft, nämlich das Geld, zirkuliert.

Es geht also darum, anstelle des Zinses einen anderen »Zirkulationsmotor« zu finden und einzusetzen, denn »das Kapital braucht einen Antrieb, um sich der Investition zur Verfügung zu stellen« (L. Vogel), nämlich der echten Wertschöpfung durch Geist und Geschick und schonende, pflegende Naturnutzung.

Auf der Suche nach neuen Wegen richten die Geldreformer ihren Blick auf historische Vorbilder. Erlauben wir uns deshalb einen kurzen Abstecher in ein »vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte« (nach W. Onken). In der Zeit der Scholastik war das Zinsnehmen noch verboten. In der Stauferzeit war der notwendige Umlauf des Geldes nicht durch die Aussicht auf verlockende Zinsgewinne, sondern durch die Befürchtung gewisser Wertverluste gesichert. Das damals gültige Geld, die »Brakteaten«, waren Münzen, die im Laufe des Jahres mehrmals eingezogen und unter Abzug des sogenannten »Schlagschatzes« neu ausgegeben wurden. Das Geld im Sparstrumpf zu halten, bedeutete also Verlust, weshalb es jeweils auf dem raschestmöglichen Weg in Umlauf gebracht wurde. Eine rund 300 Jahre, etwa von 1150 bis 1450 währende Wirtschaftsblüte, von der heute noch so manche Kultur- und Sozialbauten, wie Kirchen, Klöster und Spitäler zeugen, war der sichtbare Erfolg dieser zinslosen Zeit (L. Vogel).

Im 15. Jahrhundert wurde das Brakteatengeld abgeschafft, und mit der Rezeption des römischen Rechts hielt das Zinsnehmen Einzug. Von nun an begann es in deutschen Landen zu »Fuggern«, das heißt, die Geldströme sammelten sich in einzelnen Handelshäusern und Banken, wie z.B. bei den Fuggern und den Welsern in Augsburg, Nürnberg und Ulm. Zugleich nahm der Einfluß des Privatkapitals auf die Regierungs- und Staatsgeschäfte seinen

Lauf. Im Jahre 1528 lieh beispielsweise Bartholomäus Welser Kaiser Karl V. große Summen, wofür er das Recht zur Einfuhr von Negersklaven nach Amerika erhielt und 1532 geadelt wurde. Hatte das zinslose Geld viel Kultur gestiftet, so wurde das Zinskapital bald auch zur Quelle von mancherlei Unkultur. Der große Nutzen für die Allgemeinheit, den das zinslose Geld gestiftet hatte, ging verloren. So wie einige wenige reicher wurden, so wurden die breiten Schichten immer ärmer, vor allem die Bauern.

Nach langer Pause, aus der Not der Zeit geboren, gab es erst nach dem Ersten Weltkrieg wieder einen Versuch mit zinslosem Geld. Der Großkaufmann und Wirtschaftsschriftsteller Silvio Gesell entwickelte das *Modell eines sich »abnützenden Geldes«*, gelegentlich auch als »rostende Banknote« oder als »Schwundgeld« bezeichnet. Durch eine allmonatlich fällige »Strafgebühr« für jeden nicht in Umlauf gesetzten Betrag sollte das Geld den Waren gleichgestellt werden. Da die Lagerhaltung von Waren immer Kosten verursacht, sollte die »Lagerhaltung« von Geld mit etwa gleich hohen Kosten belastet werden, um die Geldhortung wirtschaftlich uninteressant zu machen und die davon ausgehenden Störungen des Wirtschaftskreislaufs zu vermeiden. Da die »Strafgebühr« nur das Geld in der Kasse ergreift, bleibt die Währung als solche unberührt und stabil. Das »Schwundgeld« in diesem Sinne hat also mit »Geldschwund« im Sinne von Inflation nichts zu tun.

In der Ortschaft Schwanenkirchen im Bayerischen Wald und der Marktgemeinde Wörgl in Tirol wurde das Gesellsche Modell mit Erfolg erprobt, wie berichtet wird. In Österreich soll sich die Bereitschaft der Kommunen, das Experiment zu übernehmen, wie ein Lauffeuer verbreitet haben. Da aber die Österreichische Nationalbank und ebenso die Deutsche Reichsbank die Verdrängung der offiziellen Landeswährung und damit des Zinskapitals durch das neue Ersatzgeld befürchteten, endeten die erfolgreichen Versuche da wie dort durch behördliches Verbot (W. Onken).

Im übrigen aber ist das Gesellsche Modell von international anerkannten Experten zur Anwendung empfohlen worden.

In US-Amerika war es der international anerkannte Geldtheoretiker *Irving Fisher*, der das Konzept *Silvio Gesells* einen »genialen Gedanken« nannte, den er für geeignet hielt, »die Depression zu brechen, das Geldhamstern zu beenden und die Re-Deflation in Gang zu setzen«. In England war es kein Geringerer als der angesehene Wirtschafts- und Finanzfachmann *John Maynard Keynes*, der die Gedanken von Silvio Gesell aufgriff und ebenfalls eine Besteuerung des Geldes, nämlich einen Wertverlust der Geldscheine von Zeit zu Zeit, zur Gesundung der Wirtschaft für geeignet hielt, jedenfalls unter längerfristigen Aspekten. Er versprach sich davon eine Vermehrung der Menge des Leihkapitals, bis es aufhört knapp zu sein, und als Folge davon für den Zins einen »sanften Tod«. Die »Rentnerseite des Kapitalismus« würde dann ver-

schwinden und noch vieles andere einen »Gezeitenwechsel« erfahren. Die Gesellschaft der Zukunft, meinte Lord Keynes, werde von dem großen »Propheten« Silvio Gesell dereinst mehr zu lernen haben als von Karl Marx (nach D. Schad).

Diesen zukunftsweisenden Gedanken, seinem wirtschaftspolitischen Langzeitkonzept sozusagen, stellte Keynes allerdings unter dem Eindruck der grassierenden Weltwirtschaftskrise und wohl auch angesichts der ethischen Reife bzw. Unreife der Wirtschaftssubjekte sein Sofortprogramm gegenüber, in welchem er den Regierungen empfahl, mit Steuergeldern korrigierend und lenkend in den Wirtschaftsablauf einzugreifen, um eine optimale Investitionsrate zu erzielen und dadurch Beschäftigungs-, Stabilitäts-, Wachstums- und Gleichgewichtskrisen der liberalistischen Wirtschaft auszugleichen. Damit hat Keynes das von Staats wegen mit Haushaltsmitteln zu fördernde Wachstumskonzept entworfen. Es ist neben der monetaristischen Richtung dieser »Keynesianismus«, nach dem die modernen Marktwirtschaften mehr oder weniger modellgetreu und erfolgreich arbeiten.

Über die grundverschiedene ethische Einschätzung seiner beiden Konzepte scheint sich Lord Keynes sehr wohl im klaren gewesen zu sein, wenn er 1930 in einem Aufsatz folgendes schrieb: »Für zumindest weitere hundert Jahre müssen wir uns selbst und jedem anderen noch vormachen, daß ehrlich unredlich und unredlich ehrlich ist. Denn unredlich ist nützlich und ehrlich sein ist es nicht. Habsucht und Wucher und Mißtrauen müssen noch etwas länger unsere Götter bleiben. Denn nur sie können uns aus dem Tunnel der wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus an das Tageslicht führen«. Aber nach dieser Zeitspanne, schreibt Keynes weiter, werde der Weg frei sein »zu einigen der unanfechtbarsten und sichersten Prinzipien der Religion und traditionellen Tugend zurückzukehren – daß nämlich die Habsucht ein Laster ist, daß die Eintreibung von Wucherzinsen ein strafbares Vergehen darstellt und daß die Liebe zum Geld verabscheuungswürdig ist ...« (nach H. Kahn).

Obwohl seit 1930 von den genannten hundert Jahren erst die reichliche Hälfte verstrichen ist, sehen wir heute doch sehr deutlich, daß das Wachstumskonzept an ökologische Grenzen stößt, die Keynes im Gegensatz zu uns Heutigen noch nicht so klar im Blick haben konnte. Es scheint deshalb an der Zeit, schon jetzt sein Zukunftskonzept hervorzuholen und dessen Verwirklichung geistig und sittlich vorzubereiten, zumal es sich dabei um eine Aufgabe handelt, die Jahrzehnte in Anspruch nehmen wir. Und dieses Konzept, ich darf es wiederholen, umfaßt in Anknüpfung an Silvio Gesell das Verschwinden der »Rentnerseite des Kapitalismus«. Es sucht das Heil also nicht mehr im Wirtschaftswachstum, das über den Staatshaushalt gestützt werden muß, sondern in der Beseitigung der Hauptursache des Wachstumszwanges, näm-

lich des Zinskapitals. Eine solche Reform wäre in der Tat eine »keynesianische Alternative zum herrschenden Keynesianismus!« (D. Suhr).

In die gleiche Richtung zielen die Bestrebungen einer weiteren Gruppe von Reformern, die sich auf *Rudolf Steiner,* den Begründer der Anthroposophie, stützen.

Steiner hat, gleichfalls gegen Ende des Ersten Weltkriegs, im Rahmen seiner »Dreigliederung des sozialen Organismus« vorgeschlagen, *daß sich das Geld ebenso abnützen soll wie die Ware,* weil es sonst den Waren gegenüber als »unreeller Konkurrent« im Marktgeschehen auftreten würde. Damit das Geld nicht spekulativ zurückbehalten werde, könne »Umprägung oder Neudruck von Zeit zu Zeit stattfinden«. Es könnten aber auch andere Modalitäten in Frage kommen. So könnte man beispielsweise den Geldscheinen einen »Endtermin« geben wie beim Wechsel. Entschieden abgelehnt hat Rudolf Steiner den »Zwischenhandel mit Geld«, weil durch ihn »eine Fälschung der ganzen Wirtschaft eintreten« könne. Man müsse dem Geld wieder seinen ursprünglichen wahren Charakter zurückgeben, und das sei seine Funktion als Tauschmittel. Das Geld zur Handelsware zu machen und »Geldgeschäfte an sich« zu tätigen, bezeichnet er als den »größten Schaden des Wirtschaftslebens«. »Zins auf Zins« sollte es demnach nicht mehr geben können, weil dadurch ein krankhaftes Wachstum angeregt werde, das er treffend als »Kulturkarzinom« bezeichnete. Es komme allerdings nicht darauf an, »die Rentiers unbedingt moralisch zu verurteilen«, denn sie seien ja schließlich in diese Verhältnisse hineingeboren und hineingewachsen. Es gehe vielmehr darum zu erkennen, daß der soziale Organismus krank werde, »wenn in ihm überhaupt Müßiggang oder Rente möglich ist«. *In gesunden sozialen Verhältnissen dürfe niemand seine Arbeitskraft dem sozialen Organismus entziehen und vom Zinskapital, nämlich vom »Couponabschneiden« auf Kosten der Arbeit anderer leben können.* Diese moderne »Sklaverei« müsse ein Ende haben. Steiner war überzeugt, mit diesen Gedanken ausgesprochen zu haben, »was in den Tiefen der Menschenherzen heute gewollt wird«, und daß sich das »in den nächsten Jahrzehnten über die zivilisierte Welt hin realisiert« (J. Schellenberg).

Wenn diese sozialethischen Ideen inzwischen aus den Tiefen der Menschenherzen heraufgestiegen wären und die allgemeine Einsicht begründet hätten, daß das durch Arbeit verdiente Geld nicht gehortet werden darf, sondern möglichst rasch und möglichst uneigennützig, ohne hohe Zinsgewinne und Renditen, in Umlauf gebracht werden muß, sei es durch Kaufen, Leihen und Schenken, damit die Wirtschaft zum Nutzen aller funktionieren kann, brauchte man sich über die Modalitäten eines sich abnützenden und dadurch umlaufgesicherten Geldes nicht den Kopf zu zerbrechen. Aber so weit sind wir leider noch nicht. Deshalb wird von den modernen Geldreformern in An-

lehnung an die historischen Vorbilder unter anderem eine Art »Zurückhaltegebühr« vorgeschlagen, um den Umlauf des Geldes ohne die heute übliche Zinslockung zu gewährleisten.

So wie die Bundesbahn, die von einem Industriebetrieb, der ihr öffentliches Verkehrsmittel, die Güterwagen, nicht unverzüglich zurückgibt, eine »Standgebühr« erhebt, um einer Stockung im Wagenumlauf vorzubeugen, so soll der Staat von jedem, der sein öffentliches »monetäres Verkehrsmittel«, nämlich das Geld, zurückhält, eine *»Zurückhaltegebühr«* erheben, um den Umlauf des Geldes zu sichern. Das Bargeld und das Geld auf den Girokonten soll von dieser Gebührenpflicht erfaßt werden. Dadurch käme, so wird gefolgert, so viel Kapital auf den Markt, daß der Zins auf Null oder nahe Null sinken würde. Man brauche den Zins also nicht zu verbieten, sondern der Zins würde in einem Meer von Kapital ertrinken, wie schon Silvio Gesell angenommen hatte. Die Zirkulation des Geldes und die Höhe des Zinses wären dann nicht mehr abhängig von Spekulation und Manipulation.

Von Werner Onken wird vorgeschlagen, einen Versuch mit einem umlaufgesicherten Geld zu wagen und zwar in einer Modell-Region von der Größe eines Regierungsbezirks. Und Dieter Suhr hat ein Modell entwickelt, wie auf einem solchen Wege der Einstieg in den Abbau der Staatsverschuldung und der Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte erfolgen könnte. Natürlich wird jeder Politiker, der mit solchen Vorschlägen konfrontiert wird, auf die internationalen Verflechtungen verweisen und erklären: »Zins ist kein Thema!«

Demgegenüber ist jedoch zu bedenken, daß die Zinsproblematik über Nacht weltweit zum Thema Nr. 1 werden könnte. Denn das Auseinanderdriften von Leistung und Verschuldung treibt ja auf längere Sicht nicht nur die Nationalwirtschaften in die Krise, sondern auch die Weltwirtschaft. Die Entwicklungsländer sind inzwischen mit über einer Billion Dollar verschuldet und nur noch zum Teil in der Lage ihren Annuitäten nachzukommen. Wenn einige bereits offiziell erklären, die Zinszahlungen einstellen zu müssen, dann sind das Alarmzeichen, trotz aller Dementis. Und wenn die westliche Führungsmacht Amerika binnen weniger Jahre vom »größten Gläubigerland zum größten Schuldnerland« geworden ist, nach den Worten von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, dann macht auch diese Tatsache deutlich, daß heilende Impulse weltweit vonnöten sind, die, wenn der Volksbetrug einer Währungsreform vermieden werden soll, auf eine Geldreform in dem angedeuteten Sinne angewiesen sein könnten.

Eine solche Reform würde nach *Helmut Creutz* lediglich erfordern: »Die Änderung eines geldtechnischen Details in unserer monetären Konstruktion, die den destruktiven Zins durch eine konstruktive Umlaufsicherung oder Liquiditätsabgabe überflüssig werden und verschwinden läßt«. Das Geld

würde dann wieder zu dem, was es seiner Natur nach sein soll, nämlich »Diener des Menschen und nicht Verdiener für die Minderheit«. Ohne die Abschaffung der Zins- und Zinseszinswirtschaft hätten wir nur die Wahl zwischen einem ökonomischen Kollaps, wenn das Wirtschaftswachstum gegenüber dem des Kapitals weiter zurückfalle, oder einem ökologischen Kollaps, wenn wir das Wirtschaftswachstum weiter wie bisher vorantreiben. Nur durch die Abschaffung oder die weitgehende Zurückdrängung des Zinses seien soziale Gerechtigkeit, nachhaltiger Schutz der natürlichen Umwelt, die Sicherung des Friedens und die Unabhängigkeit der Regierungen vom Finanzkapital zu erreichen. Erst nach einer solchen Reform wären auch die Voraussetzungen gegeben für eine gute Haushälterschaft in ökologischer wie in ökonomischer Hinsicht.

Damit hat die Suche nach den tieferen Gründen für die derzeitige Unzulänglichkeit des Umweltschutzes im Rahmen der Finanz- und Haushaltspolitik die sprichwörtliche Wahrheit bestätigt: »Um zur Quelle zu kommen, muß man gegen den Strom schwimmen«. In diesem Sinne möchte ich abschließend den Ökologen und Ökonomen, den Verbandsaktiven und überhaupt allen, denen der Schutz des Lebens am Herzen liegt, empfehlen: Befassen Sie sich neben allen anderen so wertvollen und wichtigen Aktivitäten auch mit der Zinsproblematik. Denn es spricht vieles dafür, daß das Zinsgeld das wichtigste Werkzeug jenes materialistischen Zeitgeistes ist, der die tiefste und stärkste Wurzel der Umweltkrise darstellt. Der Zins scheint es zu sein, der alle Anstrengungen letzten Endes immer wieder um ihre verdienten Früchte bringt, indem er den Durchbruch zu ökostabilen Verhältnissen verhindert. Denken Sie an das Goethewort:

»Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem Zuknöpfen nicht zu Rande.«

Literaturverzeichnis

Binswanger, Hans Christoph: Geld und Magie – Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft anhand von Goethes Faust (Stuttgart 1985)
Arbeit ohne Umweltzerstörung (Frankfurt/Main 1983)
Bischoff, Reiner: Umweltzerstörung durch Geld- und Bodenwucher (Esslingen, 2. Auflage 1985)
Creutz, Helmut: Der Zins (Aachen, Selbstverlag)
Die fatale Rolle des Zinses im gegenwärtigen Wirtschaftssystem (Aachen)
Wir brauchen ein anderes Steuersystem (Aachen)
Die Sicherung des Geldumlaufs in der Praxis *(Zeitschrift für Sozialökonomie 1986/68, S. 26)*
Arbeitslosigkeit – Gründe, Hintergründe, Konsequenzen. In: Der Naturarzt 10/86
Wachstum bis zur Selbstzerstörung – Auswirkungen des Zinssystems. In: Wachstum bis zur Krise (Berlin 1986)

Gretschmann, Klaus/Voelzkow, Helmut: Öko-soziale Steuerreform: Ein Ausweg aus der Beschäftigungs- und Umweltkrise? In: Wirtschaftsdienst 1986/XI, S. 560–565

Kahn, Hermann: Vor uns die guten Jahre, Verlag Molden (Wien/München 1977)

Onken, Werner: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte – Die Selbsthilfeaktionen mit Freigeld. In: Wachstum bis zur Krise (Berlin 1986)

Pfeifer, Herbert: Umwelt und Ethik – Kausale Therapie für Mensch und Erde? (Karlsruhe 1980)

Schad, Dieter: Folgt unsere Wirtschaft Naturgesetzen? *Zeitschrift für Sozialökonomie 1986/69, S. 3–14*

Schellenberg, Jakob: Rudolf Steiner und Silvio Gesell – Zwei unabhänigig voneinander wirkende Richtungsweiser für eine soziale Zukunft in Freiheit *(Sonderdruck: Fragen der Freiheit, Boll 1982)*

Suhr, Dieter: Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. In: Wachstum bis zur Krise (Berlin 1986)

Die Zinslast des Staates als Beispiel für das Zinsproblem überhaupt. Vortrag 13. 9. 1986 in Heidelberg

Vogel, Diether: Rudolf Steiner und der Zins. In: *Fragen der Freiheit (Boll 1984/167)*

Vogel, Lothar: Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus – Sozialanthropologische Studien zum Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsleben *(Sonderdruck: Fragen der Freiheit, Eckwälden 1973)*

Der Zins in der Geschichte *(Fragen der Freiheit 1984/167)*

Der ordnungspolitische Rahmen der Umweltpolitik

Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung

Eckhard Behrens

Wer die umweltpolitischen Aufgaben meistern will, die vor uns stehen, muß sich nicht nur in naturwissenschaftliche Zusammenhänge einarbeiten, er muß sich auch die Frage stellen, ob die Umweltprobleme, die allen immer mehr bewußt werden, eine Folge von Mängeln unserer Wirtschaftsordnung und unserer Staatsverfassung sind. Müssen wir die Gesellschaftsordnung, in deren Schoß sich die Umweltprobleme entwickeln konnten, grundsätzlich, d. h. radikal ändern oder nur weiter verbessern und ausbauen?

Sind wir ordnungspolitisch noch auf dem rechten Weg, wenn wir schrittweise mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit anstreben, als sie unsere heutige Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung schon bieten? Oder sind wir bei der Verfolgung weniger wichtiger Ziele – im Vergleich zu dem überlebenswichtigen Umweltschutz – in eine ordnungspolitische Sackgasse geraten, die nie zu umweltpolitischen Erfolgen führt? Versagen die freiheitlich-demokratische Staatsordnung des Grundgesetzes und die Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft im Umweltschutz mit ordnungspolitischer Notwendigkeit? Es sind nicht wenige, die den politischen Liberalismus für Umweltsünden der Vergangenheit haftbar machen und die Liberalen vom politischen Spielfeld verweisen möchten. Für sie führt der Weg zum Umweltschutz nur über eine politische Systemveränderung.

Wirtschaftliche Interessen und Umweltinteressen stehen sehr häufig in hartem Konflikt miteinander. Das gilt nicht nur für Produzenteninteressen, für Unternehmer und Arbeitnehmer, die ihre Einkommensinteressen durch kostenträchtige Auflagen im Interesse des Umweltschutzes beeinträchtigt sehen. Auch Konsumenten stehen in Interessenkonflikten, wenn sie die Preise und die Umweltfreundlichkeit von Produkten vergleichen oder sich zwischen mehr oder weniger umweltbelastenden Freizeitbeschäftigungen oder Sportarten entscheiden. Einzelwirtschaftlich betrachtet, ist der Konflikt zwischen Wirtschaftsinteressen und Umweltinteressen unbestreitbar; er wird von den Betroffenen geradezu schmerzhaft erlebt.

Langfristig betrachtet ist ein Wirtschaften gegen Umweltinteressen weder für Produzenten noch für Konsumenten sinnvoll, wenn man sie als Gesamtheit betrachtet und egoistische Ausbeutungsinteressen Einzelner als das behandelt, was sie sind, nämlich gemeinschaftsschädlich. Aus der Sicht der Volkswirtschaft oder der Weltwirtschaft ist jedes Wirtschaften, das die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, unrationell

und in echtem Sinne unwirtschaftlich. Jede Wirtschaftsordnung für bevölkerungsreiche und/oder hochentwickelte Industriegesellschaften hat daher die Aufgabe, die Einzelnen sowie die Haushalte und Produktionsbetriebe, in denen sie wirtschaftlich zusammenwirken, erfolgreich anzuhalten, nur noch umweltverträglich zu wirtschaften – langfristig und weltweit gesehen, gibt es dazu keine Überlebens-Alternative! Es kann nur noch die Frage sein, welche Wirtschaftsordnung diese umweltpolitische Aufgabenstellung am besten bewältigt. Dies zu entscheiden ist vornehmste Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Langfristige Politik wird durch das Setzen von Ordnungen gemacht, die für das tägliche Handeln aller Mitglieder der Gesellschaft die richtigen Orientierungen geben. Eine solche richtungsweisende wirtschaftspolitische Grundentscheidung ist die Entscheidung für die Wirtschaftsordnung, die wir Soziale Marktwirtschaft nennen. Sie steht in scharfem Gegensatz zur Zentralplan- oder Zentralverwaltungswirtschaft, in der versucht wird, die arbeitsteilige Produktion hierarchisch vom Staat her zu lenken. In der Marktwirtschaft wird die arbeitsteilige Produktion mit Hilfe von freien Verträgen zwischen gleichberechtigten Individuen und Betrieben organisiert. Die Marktwirtschaft ist eine Koordinations-, keine Subordinationsordnung. Diese Ordnung nimmt den Menschen – ohne besondere moralische Voraussetzungen – so, wie er ist, aber sie ist nicht natürlich vorhanden. Sie mußte vom Staat erst geschaffen werden; er muß diese Ordnung gegen widerstrebende Einzelinteressen auch ständig verteidigen. Insofern ist der Staat laufend wirtschaftspolitisch aktiv, ohne selbst über Konsum und Produktion zu entscheiden; die Bürger wirtschaften, nicht der Staat.

Die marktwirtschaftliche Trennung von Staat und Wirtschaft hat – im Gegensatz zur Staatswirtschaft – den Vorzug einer weitgehenden *Neutralität* des Staates und der kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeinde- und Kreisverwaltungen) in den wirtschaftlichen Interessenkämpfen der Produzenten und Konsumenten. Verwaltung und Justiz können Umweltschutzinteressen besser und erfolgreicher gegenüber Wirtschaftsinteressen zur Geltung bringen, als in jeder anderen Wirtschaftsordnung. Die Ostblockländer zeigen Tag für Tag, daß die Verpflichtung des Staates auf wirtschaftlichen Erfolg – weil der Staat selbst Unternehmer ist – Umweltschutzinteressen in den Hintergrund drängt. Es ist nicht so, daß diese Industriestaaten sich den Umweltschutz nicht leisten können; so groß ist die wirtschaftliche Rückständigkeit nicht, daß sie wie die ärmsten Länder der Dritten Welt für sich die Ausrede in Anspruch nehmen könnten: »Not kennt kein Gebot!« Die Rücksichtslosigkeit gegenüber Mensch und Umwelt ist wirtschaftliches Erfolgsprinzip der Ostblockstaaten. Politische Rückständigkeit, das Verharren in überholten

zentralistischen Ordnungen ist die gemeinsame Ursache mangelnder wirtschaftlicher und mangelnder Umweltschutzerfolge.

Wer gelernt hat, ordnungspolitisch zu denken, will nicht mehr, daß Staat und Kommunen selber wirtschaften, denn die Privaten können das erfolgreicher. Es ist aber nicht richtig, davon auszugehen, der Staat brauche sich nur aus der Wirtschaft zurückzuziehen und schon laufe alles bestens. Der Staat muß der Wirtschaft eine Ordnung geben, die die Ausbeutung des einen durch den anderen Menschen ebenso verhindert (Soziale Marktwirtschaft), wie die Ausbeutung der Natur durch die heute arbeitenden Menschen zulasten künftiger Generationen (Ökologische Marktwirtschaft). Es ist daher zweckmäßig, den Staat und mit ihm die Kommunen durch eine Grundgesetzänderung auf die Durchsetzung von Umweltschutzinteressen zu verpflichten. Dann kann diese Staatsaufgabe von niemandem mehr angezweifelt werden, der weiter Ausbeutungswirtschaft treiben oder als Behörde dulden möchte.

Darüberhinaus ist es unerläßlich, daß wirtschaftlich unabhängige Bürger den Staat und die Kommunen mit Hilfe unserer demokratischen Einrichtungen, durch Bürgerinitiativen und die Mobilisierung der öffentlichen Meinung und politischen Willensbildung ständig kontrollieren, daß auf allen staatlichen Ebenen mit dem Umweltschutz als Staatsaufgabe auch wirklich Ernst gemacht wird. Durch die Einrichtung der sogenannten Verbandsklage ist anerkannten Umweltschutzverbänden die Möglichkeit zu gewähren, ihr Mitspracherecht in Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren auch gerichtlich durchzusetzen. Die Staatsordnung der Ostblockländer kennt den wirtschaftlich vom Staat unabhängigen, unbequemen Bürger nicht, der die Tätigkeit der Staatsorgane so wirksam kontrollieren könnte, wie dies Einzelnen und frei gebildeten Parteien oder Bürgerinitiativen in freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten möglich ist.

Die freiheitlich-demokratische Staatsverfassung und die freiheitlich-soziale Marktwirtschaft garantieren nicht nur den bestmöglichen wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch die besten *umweltpolitischen* Erfolge. Das wird auch auf der kommunalen Ebene konkret greifbar, z. B. wenn es um den Abfall geht. Die Erkenntnis, daß wir ökologisch den Übergang von der Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft schaffen müssen, sollte Anlaß sein, uns auf die Voraussetzungen wirtschaftlichen Erfolges zu besinnen:

Die Abfallwirtschaft muß eine Aufgabe von Privaten werden; sie wird von der öffentlichen Hand in der Regel nicht erfolgreich betrieben werden. Die kommunalen Behörden haben genug damit zu tun und sind dafür qualifiziert, die mit Abfall wirtschaftenden Unternehmen zu kontrollieren. Die Versuchung, mit schlechter Arbeit leicht Geld zu verdienen, wird immer groß sein;

trotzdem: Wir brauchen die Phantasie und Wendigkeit risikobereiter Unternehmer, weil nur vielseitigste Technik und allerbeste Marktkenntnis – ja die Erschließung ganz neuer Märkte – abfallwirtschaftlichen Erfolg versprechen. Wir müssen den Mut haben, mit vielen kleinen Lösungsansätzen abfallwirtschaftlich experimentieren zu lassen. Bei der öffentlichen Hand werden nur großtechnische Beseitigungslösungen (z.B. Müllheizkraftwerke) herauskommen, die abfallwirtschaftlich unbefriedigend bleiben (»Deponie in der Luft«).

Zwar wird auch der geschickteste private Abfallverwerter seine Kosten nicht allein über die Preise decken können, die er am freien Markt erlöst. Auch er braucht »Subventionen«, d.h. Kostendeckungsbeiträge aus dem Aufkommen der Kommunen an Abfallgebühren; aber hier läßt sich ein subventionssenkender Wettbewerb der Abfallverwerter einrichten. Die Kommunen können das Einsammeln und Verwerten der Abfälle von Zeit zu Zeit öffentlich ausschreiben und mit den privaten Unternehmern die Qualitätsstandards und die Subventionsbedingungen neu aushandeln. Das gilt auch für die schrittweise Aufarbeitung der besorgniserregenden Altlasten. Wir müssen einen ordnungspolitischen Rahmen schaffen, der höchste Anstrengungen der Ingenieure und Kaufleute mobilisiert, um uns so kostengünstig und so rasch, wie nur möglich, von den Altlasten zu befreien.

Der Staat darf die Kommunen jedoch mit den Problemen der Abfallwirtschaft nicht alleinlassen. Er muß die wirtschaftlichen Produzenten verpflichten, ihr Wissen über die Zusammensetzung der langfristigen Gebrauchgüter (z.B. Automobile, Kühlschränke) zur Verfügung zu stellen, damit die Abfallverwerter diese Zusammensetzung (z.B. von Kunststoffteilen) nicht erst neu erforschen müssen. Die Geheimhaltungsinteressen der Produzenten und Importeure müssen hinter ihre Auskunftspflicht zurücktreten. Sie muß von der Markteinführung bis weit über die normale Nutzungsdauer hinaus gelten. Dazu gehört auch, daß die Produzenten langfristigen Gebrauchsgütern nicht nur eine Betriebsanleitung und eine Garantie-Urkunde, sondern auch einen »Entsorgungspaß« mitgeben.

Niemand ist berechtigt, Dinge in die Welt zu setzen, die von anderen nicht wiederverwertbar oder wenigstens gefahrlos deponierbar sind, es sei denn er garantiert (evtl. abgesichert durch den Nachweis einer ausreichenden Versicherung) die jederzeitige Rücknahme. Ist die Wiederverwertung voraussichtlich nicht kostendeckend möglich, sind die Verwertungs- und Beseitigungskosten schon wie ein Pfand in den Verkaufspreis einzurechnen. Die hinterlegte Summe steht dem Abfallverwerter zu. Dadurch werden die Produzenten daran interessiert, ihre Produkte selbst zurückzunehmen. Sie können schon bei der Planung ihrer Produkte nicht nur deren Herstellung und War-

tung, sondern auch ihre Aufarbeitung und schadlose Beseitigung mitbedenken. Sie können dies leichter und besser als jeder andere, weil sie ihr Produkt am besten kennen und es allein in der Hand haben, ob das Produkt »wiederverwertungsfreundlich« ist oder nicht. Es ist ein Grundprinzip der marktwirtschaftlichen Ordnung, denjenigen verantwortlich (haftbar) zu machen, der das Problem in die Welt setzt. Die Freiheit, etwas zu tun oder zu lassen, muß stets verbunden werden mit der alleinigen Verantwortung für die Folgen.

Wer gefährliche Produktionsstätten unterhält oder gefährliche Güter transportiert usw., muß für alle Schäden aufkommen, die Mitbürger oder die Allgemeinheit (ihre Umwelt) erleiden – nicht nur im Falle des Verschuldens, sondern jeder Verursachung (Gefährdungshaftung). Es ist auch zu rechtfertigen, die Beweislast für die Ursächlichkeit umzukehren: die Geschädigten sind häufig nicht in der Lage zu beweisen, daß der Schaden, den sie haben, von der gefährlichen Anlage verursacht wurde, deren Funktionsweise und mögliche Fehler sie nicht kennen können. Der Betreiber der Anlage muß sich entlasten oder den Schaden begleichen.

In der Vergangenheit sind die Produzenten häufig vom Gesetzgeber haftungsrechtlich entlastet worden, weil man ihre Bereitschaft zu produzieren fördern wollte. Die Risiken werden durch die Verantwortungsfreiheit derjenigen, die sie noch am ehesten beherrschen können, mit Sicherheit größer. Wir müssen mit diesem Mittel der Wirtschaftsförderung unbedingt Schluß machen. Es hat zu einer unerträglichen Anhäufung von Umweltrisiken, ja von eingetretenen Umweltschäden geführt. Dieses Mittel der Wirtschaftsförderung ist, langfristig und volkswirtschaftlich gesehen, zu teuer geworden.

Wie beim Kraftfahrzeug oder bei Atomanlagen muß jede gefährliche Einrichtung mit einer Haftpflichtversicherung verbunden sein, die ausreicht, jeden eingetretenen Schaden zu begleichen. Schadensersatzansprüche würden bei »armen« Betreibern sonst ins Leere laufen. Das Versicherungsunternehmen muß berechtigt sein, regelmäßig einen »Umwelt-TÜV« mit der Risikoprüfung zu beauftragen, auf Risikovorsorge zu drängen und die unvermeidlichen Restrisiken mit Prämien zu belegen, die die Risikobeherrschung honorieren und die Risikovernachlässigung bestrafen. Im Bereich der Arbeitssicherheit haben die Berufsgenossenschaften schon viele dieser Gedanken verwirklicht und mit Hilfe der Bündelung des Sachverstandes der ganzen Branche die Beherrschung der Unfall- und Berufskrankheitenrisiken sehr erfolgreich verbessert. Weil die Kosten der Unfälle und Berufskrankheiten im Umlageverfahren von der ganzen Branche getragen werden müssen, steht der Sachverstand und Wille der ganzen Branche hinter der Risikobekämpfung. Davon sollten wir ordnungspolitisch lernen.

Es wird langer Übergangszeiten bedürfen, bis alle alten Rechte aufgehoben oder finanziell abgelöst sein werden, verschmutzte Abwässer in die Flüsse und Verbrennungsprodukte in die Atmosphäre zu leiten. Das Ziel müssen geschlossene technische Kreisläufe sein, die kein Abwasser und keine Abluft mehr kennen, die doch immer nur schwer kontrollierbar sind. Auf dem Wege zu diesem Fernziel sind Abgaben sinnvoll, die nach der Giftlast bemessen sind und von Jahr zu Jahr steigen. Solche Abgaben regen die technische Entwicklung außerordentlich wirksam an; sie machen es lohnend, giftfrei zu produzieren und verteuern Produkte, die mit Umweltschäden verbunden sind, im Verhältnis zu umweltfreundlichen Produkten und Produktionsweisen (z. B. auch in der Landwirtschaft). Die Verteuerung ist sinnvoll, weil sie die Nachfrage nach umweltschädlichen Produkten einschränkt und auf umweltfreundliche umlenkt.

Gegen kostenträchtigen Umweltschutz wird häufig der internationale Wettbewerb ins Feld geführt. Die Verteuerung der Exporte durch Auflagen oder Abwasserabgaben ist nicht zu leugnen. Solche Art von Umweltschutz ist nicht wettbewerbsneutral. Je kleiner das Land, umso größer die Versuchung, den Umweltdreck durch Einleitung in die Gewässer und in die Luft zu exportieren und weiterhin kostengünstig für den Weltmarkt zu produzieren.

Wind und Wellen verbreiten die Umweltgifte weltweit. Es macht jedoch keinen Sinn, deshalb zu resignieren und im eigenen Land mit dem Umweltschutz gar nicht erst anzufangen. Heute betreibt nur der kleinere Teil der Menschheit moderne Industriewirtschaft und industrielle Landwirtschaft. Wir können es den unterentwickelten Ländern nicht verwehren, unserem Beispiel zu folgen. Wir müssen daher sehr bald ein besseres Beispiel umweltverträglicher Industrie und Landwirtschaft vorleben.

Für die Durchsetzbarkeit umweltpolitischer Ziele ist der Beweis der Machbarkeit stets von großer Bedeutung. Der Investitionsgütermarkt der Zukunft wird weltweit die umweltfreundlichere Maschine bevorzugen. Sie wird in dem Land entwickelt und produziert werden, das im Umweltschutz allen anderen vorauseilt. Die Menschheit hat keine Überlebensalternative zu einem hochwirksamen Umweltschutz in Industrie und Landwirtschaft. Nur umweltverträgliche Produkte und Produktionsweisen können heute noch als zukunftssicher gelten.

Unterstützen können wir die umweltorientierte Umstrukturierung unseres Produktionsapparates, soweit es uns gelingt, umweltschädliche Produkte mit Verbrauchssteuern zu belegen. Sie verteuern nicht nur Inlandsprodukte, sondern auch Importgüter. Sie sind umweltpolitisch hochwirksam und doch weltwirtschaftlich wettbewerbsneutral. Da in der Marktwirtschaft die Pro-

duktion von der Nachfrage gelenkt wird, sind nachfragehemmende Verbrauchssteuern auf umweltsschädliche Produkte systemkonform; sie sollten sogar von Zeit zu Zeit angehoben werden.

Viele Wirtschaftspolitiker haben ihre umweltpolitische Verantwortung allzulange verkannt. Sie sind dem betriebswirtschaftlichen Denken der Unternehmer gefolgt oder haben sich vor Nachteilen für die Exportwirtschaft gefürchtet. Mit ihrem volks- und weltwirtschaftlich unbegründbaren Widerspruch gegen viele umweltpolitisch sinnvolle Vorschläge haben sie die Gefahr heraufbeschworen, daß Bürger, die seit Jahrzehnten sehen, welche Umweltkatastrophen unsere Zukunft bedrohen, an der marktwirtschaftlichen Ordnung zweifeln, weil diese Ordnung dem wirtschaftlichen Egoismus offenbar unzureichende Fesseln anlegte.

Die Systemveränderer haben dem umweltpolitischen Anliegen noch mehr geschadet. Sie haben lange Zeit viele Bürger davon abgeschreckt, sich mit umweltpolitischen Anliegen zu beschäftigen. Es schien im Interesse der Systemerhaltung notwendig, die Umweltprobleme herunterzuspielen, für noch erträglich und hinnehmbar zu erklären. »Lieber Umweltprobleme als Systemveränderung« war die bürgerliche Parole gegen rot-grüne Systemveränderer. Das ist zwar verständlich, aber töricht, weil der umweltpolitische Handlungsbedarf täglich fast lawinenartig wächst – und damit die Gefahr von politischen Fehlentscheidungen und Kurzschlußhandlungen. Die Öffentlichkeit reagiert auf Umweltkatastrophen in den letzten Jahren oft schon hysterisch. Es ist höchste Zeit, die Sorgen ernst zu nehmen.

Wir sollten darauf achten, daß wir durch die Art und Weise wie wir umweltpolitisch ansetzen, die freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung nicht beschädigen, die wir in mühsamen politischen Prozessen aufgebaut haben. Der weitverbreitete Irrtum, Marktwirtschaft und Umweltschutz seien unvereinbare Gegensätze, muß durch ein deutliches Zusammenrücken der Wirtschafts- und der Umweltpolitiker widerlegt und durch eine Aufklärungskampagne politisch unwirksam gemacht werden.

Unsere freiheitliche Ordnung ist entwicklungsfähig; es ist kein ordnungspolitischer Zufall, daß wir im Umweltschutz weltweit in der Spitzengruppe sind. Wir müssen aber noch das Vertrauen unserer umweltpolitisch zunehmend besorgten Bevölkerung gewinnen, daß wir bereits auf dem aussichtsreichsten ordnungspolitischen Weg zu den höchsten umweltpolitischen Zielen sind, die sich eine Gesellschaft setzen kann.

Die Welt als Mammonstempel

Ein Hinweis auf Michael Endes Gleichnis von der »Bahnhofskathedrale«

In seinem Märchenroman *»Momo«* schilderte *Michael Ende* die Vertreibung der Menschen aus dem Paradies durch die Aufrichtung der von den *»Grauen Herren«* ausgeübten Herrschaft des Geldes und die Erlösung der Menschheit von dem Übel des Mammons durch das Mädchen Momo.* Diesen Gedankenfaden hat *Michael Ende* in seinem Werk *»Der Spiegel im Spiegel«*, einer Sammlung von surrealistischen Mosaiken, wieder aufgenommen. In dem darin enthaltenen Gleichnis von der *»Bahnhofskathedrale«* wird die heutige Lage der Menschheit treffend charakterisiert.**

Unseren Planeten Erde läßt *Michael Ende* darin wie eine *»große Scholle aus schiefergrauem Gestein durch den leeren, dämmernden Raum dahinschweben.«* Auf dieser Scholle steht eine *»Bahnhofskathedrale, ein babylonisches Bauwerk von verwirrenden Ausmaßen.«* Die Menschenmassen, die sich atemlos durch dieses Bauwerk drängen, sind heruntergekommene Leute, aber ihr Gepäck quillt über von Geldscheinen. Sie alle halten die aus lauter Papiergeldziegeln errichtete Bahnhofskathedrale nur für eine *»Zwischenstation«* und glauben, sie seien nur auf der Durchreise. *»Das glauben alle«*, sagt eine junge Frau zu einem Feuerwehrmann, der diesem gespenstischen Treiben entsetzt zusieht, *»aber die Zwischenstation ist die Endstation – jedenfalls solange der Zauber hier nicht aufhört.«*

Als einziger durchschaut der Feuerwehrmann die Gefährlichkeit und Sinnlosigkeit dieses Treibens. Er sieht, wie das leicht entzündliche Wachs von den unzähligen brennenden Kerzen auf Papiergeldziegel herabtropft. Dieser Anblick entlockt ihm die Worte: *»Gott im Himmel! Das ist gegen jede Sicherheitsvorschrift! Das ist hellichter Wahnsinn!«*

In der Schalterhalle ertönt Orgelmusik und zwischendrin dröhnen aus Lautsprechern die monotonen Zahlen des Countdown unserer Epoche, ohne von den hastenden Menschen registriert zu werden. Der Altar in dieser Bahnhofskathedrale hat die Gestalt eines gewaltigen Tresors mit fünf Nummernschlössern. Alle paar Minuten öffnet sich die Stahltür des Tresors. Dann fallen bündelweise Geldscheine heraus, um von den am nächsten stehenden Menschen begierig aufgegriffen zu werden.

Auf einer Kanzel links vom Altar verkündet ein ausgemergelter Greis die frohe Botschaft Mammons: *»Mysterium aller Mysterien – und selig ist, wer daran teil hat! Geld ist Wahrheit und die einzige Wahrheit. Alle müssen daran glauben! Und euer Glaube sei unverbrüchlich und blindlings! Erst euer Glaube macht es zu dem, was es ist! Denn auch das Wahre ist eine Ware und unterliegt dem ewigen Gesetz von An-*

* Vgl. Werner Onken, Momo für Ökonomen, in: Fragen der Freiheit Heft 183 (1986), S. 42–55

** Michael Ende, Der Spiegel im Spiegel – Ein Labyrinth, Stuttgart 1984, S. 39–60

gebot und Nachfrage. Darum ist unser Gott ein eifersüchtiger Gott und duldet keine anderen Götter neben sich. Und doch hat er sich in unsere Hände gegeben und sich zur Ware gemacht, auf daß wir ihn besitzen können und seinen Segen empfangen . . .

Das Geld vermag alles! Es verbindet die Menschen miteinander durch Geben und Nehmen, es kann alles in alles verwandeln, Geist in Stoff und Stoff in Geist, Steine macht es zu Brot und schafft Werte aus dem Nichts, es zeugt sich selbst in Ewigkeit, es ist allmächtig, es ist die Gestalt, in der Gott unter uns weilt, es ist Gott! Wo alle sich an allen bereichern, da werden am Ende alle reich! Und wo alle auf Kosten aller reich werden, da zahlt keiner die Kosten! Wunder aller Wunder! Und wenn ihr fragt, liebe Gläubige, woher kommt all dieser Reichtum? Dann sage ich euch: Er kommt aus dem zukünftigen Profit seiner selbst! Sein eigener zukünftiger Nutzen ist es, den wir jetzt schon genießen! Je mehr jetzt da ist, desto größer ist der zukünftige Profit, und je größer der zukünftige Profit, desto mehr ist wiederum jetzt da. So sind wir unsere eigenen Gläubiger und unsere eigenen Schuldner in Ewigkeit, und wir vergeben uns unsere Schulden, Amen!«

Mit ganzer Kraft versucht der Feuerwehrmann, diesem unverantwortlichen Treiben ein Ende zu setzen. Doch wird er davon abgehalten, auf die Kanzel zu steigen und seine Mahnungen auszusprechen. *»Ein Ungläubiger!«* schreit die Menge, *»ein Lästerer! Schlagt ihn tot!«*

Im Handgemenge wird der Feuerwehrmann von Stockschlägen getroffen und sinkt bewußtlos zu Boden. Später kriecht er zwischen den Füßen der Menge herum und findet schließlich Schutz in einem Beichtstuhl. Eine Kinderstimme – er weiß nicht, woher sie kommt – flüstert ihm zu: *»Lieber Gott, wo bist du . . . ! Und wo ist die Welt geblieben . . . ? Ich kann sie nicht finden . . .«*

Wohl kaum einmal ist der materialistische Geist unserer Zeit von einem Dichter in genialerer Weise »verdichtet« worden als in diesem von *Michael Ende* geschaffenen Gleichnis von der Bahnhofskathedrale. Als allmächtiger und alles beherrschender Gott duldet das Geld keine anderen Götter neben sich. Es verlangt von den Menschen einen blinden Glauben an das Mysterium der *»Wunderbaren Geldvermehrung«*. Tatsächlich bringen die Menschen dem Geld diesen Glauben entgegen. Und diejenigen, die meinen, nur auf der Durchreise durch den Machtbereich des Geldes zu sein, täuschen sich: Es fährt noch kein Zug heraus aus diesem Bereich. Mammon hält die Menschen gefangen im babylonischen Wirtschaftslabyrinth, in dem sie wie gebannt nach materiellen Reichtümern streben, ohne das Ticken von Zeitbomben wie zum Beispiel die inländischen und internationalen Verschuldungen wahrzunehmen.

Tröstlich ist, daß in *Michael Endes* Dichtung ein Feuerwehrmann dem sinnwidrigen und gefährlichen Tanz um das Goldene Kalb abbrechen will und daß der Versuch, ihn totzuschlagen, nicht gelingt. Das weckt die Hoffnung, daß sich auch in der Wirklichkeit der gekreuzigte Feuerwehrmann wieder erheben wird.

Diese Hoffnung verpflichtet einsichtige Menschen zugleich zu der inneren Bereitschaft, diesem Feuerwehrmann zu helfen. Sie müssen sich auf eine Zusammenarbeit mit ihm vorbereiten, indem sie – womit *Silvio Gesell* bereits vor knapp einhundert Jahren begonnen hat – das Werkzeug entwickeln, mit dem

sich das Mysterium des Geldes entzaubern läßt. Ihre Aufgabe ist es m. a. W., den Zug zu bauen, mit dem der Feuerwehrmann die *»heruntergekommenen Leute«* aus dem Machtbereich des Geldes hinausfahren kann ins Freie, wo sie wieder »heraufkommen« und wieder gesund werden, wo sie mehr Kultur als Geld in ihrem Gepäck mitführen und wo sie schließlich Gott und den verlorenen Sinn ihres Daseins wiederfinden werden. Werner Onken

Kunst und Kunsterkenntnis

Rudolf Steiner: *Kunst und Kunsterkenntnis.* Grundlagen einer neuen Ästhetik. Vier Aufsätze 1890 und 1898 und acht Vorträge zwischen 1909 und 1921. Die Herausgabe besorgte Hella Wiesberger unter Mitarbeit von Konrad Donat. GA-Bibliographie-Nr. 271. Rudolf Steiner Verlag Dornach/Schweiz 1985, 240 Seiten, Format 15 x 30 cm, Leinen DM 41,—.

Dieser Sammelband mit Schriften und Vorträgen Rudolf Steiners zu Fragen der Ästhetik spannt wohl den weitesten Bogen in zeitlicher Hinsicht und schließt sich doch zu einem Ganzen zusammen. Das Fundament wird gelegt mit dem Autoreferat des Vortrages: *Goethe als Vater einer neuen Ästhetik (1888),* in dem sowohl die Aufgabe dieses jungen Wissenschaftszweiges, als auch seine gedankliche Charakterisierung im Gegensatz zu gewissen Auffassungen deutscher Denker dargelegt wird. Eine leuchtende Perle stellt der Aufsatz: *Über das Komische und seinen Zusammenhang mit Kunst und Leben (um 1890/91),* dar. Entgegen den Ästhetikern führt er zu den Begriffen des sinnenfälligen Bildes und der Idee, den Begriff des umformenden Verstandes ein (statt der Vernunft), und schafft so die Möglichkeit, das Komische in die wissenschaftliche Betrachtung einzubeziehen. Aus Anlaß der Herausgabe von Friedrich Theodor Fischers Werken durch seinen Sohn weist er in dem Aufsatz: *Das Schöne und die Kunst* auf den Verlust der religiösen Stimmung bei den heutigen Kunstbetrachtern hin, die nur den menschlichen Standpunkt gelten lassen wollen. Bezeichnet diese aber als »unsere Besten«. In dem Aufsatz: *Graf Leo Tolstoi. Was ist Kunst?* 1898 stellt er Tolstois Kunstauffassung dar und weist auf seinen verfehlten Aspekt hin. Kunst ist im Gegensatz zu Tolstois Auffassung ein elementares Bedürfnis der menschlichen Seele.

Mit dem Vortrag: *Das Wesen der Künste,* (1909) leitet Rudolf Steiner seine eigene intensive künstlerische Tätigkeit ein. Er macht deutlich, woher er als Künstler kommt. Es werden die Künste im Zusammenhang mit den Sinnen (mikrokosmisch) insbesondere aber mit den Hierarchien dargestellt (makrokosmisch). Das Dargestellte ist bewußt nicht begrifflich sondern bildhafter Art. Kunst und Wissenschaft erscheinen als zwei Frauengestalten in einer Winterlandschaft. Mit den Vorträgen: *Das Sinnlich-Übersinnliche in seiner Verwirklichung durch die Kunst (1918),* wendet sich Rudolf Steiner an schaffende Münchner Künstler. Es wird hier insbesondere über die Quellen der Kunst gesprochen, von Expressionismus und Impressionismus. In aller Öffentlichkeit vor Fachpublikum wird die plastische Gruppe für das erste Goe-

theanum als Beispiel künstlerischen Schaffens herangezogen. Beide Vorträge behandeln dasselbe Thema und beleuchten sich gegenseitig. Die beiden folgenden Vorträge wurden ebenfalls in dem von Alexander von Bernus begründeten Kunsthaus »Das Reich« und ebenfalls doppelt gehalten. Durch den von ihm gegebenen Titel: *Die Quellen der künstlerischen Phantasie und die Quellen der übersinnlichen Erkenntnis (1918)* wird sein hier geäußertes besonderes Anliegen schon deutlich. Schillers Ausspruch: Nur durch das Morgentor des Schönen . . . wird hier im einzelnen dargestellt. Diese Thematik wird von ihm in Wien im Atelier von Maria Strakosch aufgegriffen und fortgeführt unter dem Vortragstitel: *Das Sinnlich-Übersinnliche. Geistige Erkenntnisse und künstlerisches Schaffen. (1918)* Erstmals wird die neue Kunst der Eurythmie in die ästhetischen Betrachtungen einbezogen in dem Vortrag von Mitgliedern der Gesellschaft während des zweiten öffentlichen Hochschulkurses in Dornach mit dem Titel: *Der übersinnliche Ursprung des Künstlerischen. (1920)* Vorwiegend werden hier die Künste in ihrer Entstehung im Zusammenhang mit den Schwellenvorgängen im menschlichen Lebenslauf als Quellort erläutert. Der letzte Vortrag in diesem Band: *Die Psychologie der Künste (1921)* stellt eine Synthese der ästhetischen Betrachtungsarten dieses Bandes dar und weist auf weitere eigene Schritte hin. Auch hier wird die Eurythmie in die Betrachtungen einbezogen und zwar als Drittes, das sich zwischen bildende und musische Künste verbindend hineinstellt.

Ein Quellennachweis, eine reiche Zahl von Hinweisen, ein Personenregister und ausführliche Inhaltsangaben erleichtern das Studium.

***

DIETHER RUDLOFF: *Freiheit und Liebe,* Grundlagen einer Ästhetik der Zukunft. Einbandgestaltung Gerlinde Wendland, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1986, 170 Seiten, Format 14,5 x 21,5 cm, kart. DM 32,—.

Für wen ist dieses Buch geschrieben? Hoffentlich nicht für Zeitgenossen, die sich bemüht haben, in die Geisteswissenschaft einzudringen und sich mit dem aus ihr fließenden Kunstimpuls auseinandergesetzt haben; denn diese können sich über die Art, wie hier Rudolf Steiners Lebenswerk vereinseitigt wird, sicher nicht so leicht abfinden. Die Tatsache, daß dieses Buch in einem anthroposophischen Verlag erschienen ist, macht jedenfalls die Klärung dieser Frage nicht leichter.

Eines muß man dem Buch unbedingt zusprechen, daß es durch die Überfülle des zusammengetragenen Materials unerhört anregend wirkt. Nirgends kann man auf bereits selbst Errungenem ausruhen, sondern stößt ununterbrochen auf die größten Widersprüche und Gedankensprünge, die wahrhaft geeignet sind, den Leser vollkommen in Verwirrung zu bringen.

Wie klar formuliert Rudolf Steiner die Aufgabe einer Ästhetik als wissenschaftliche Disziplin. Wie klar setzt er auseinander, daß die Aufgabe der Ästhetik nicht darin bestehen kann, den Künstlern Regeln vorzuschreiben, sondern: ». . . die würdigste Form für die eigentümliche Art zu finden, wie im Kunstwerke Geistiges und Natürliches, Ideales und Reales miteinander verschmelzen. Nichts anderes ist ja die Aufgabe der Ästhetik, als die Durchdringung in ihrem Wesen zu begreifen und in den einzelnen Formen, in denen sie sich in den verschiedenen Kunstgebieten darlebt, durchzuarbeiten. In diesem Sinne bezeichnet er Kant als den

Pionier einer neuen Ästhetik durch sein Werk: Kritik der Urteilskraft.«

Eine positive Auseinandersetzung mit diesem wissenschaftlichen Ansatz fehlt aber genauso, wie eine gründliche Auseinandersetzung mit Goethes fundamentalen Erkenntnissen, wie Rudloff selbst bekennt. Daß es ihm nicht gelingt, alle verstreuten Aussagen Rudolf Steiners über die Kunst bzw. über ästhetische Fragen zusammenzuschauen und in diesem Buch vorzulegen, kann nur im höchsten Grade bedauert werden, da ja sein Buch den Untertitel trägt: »Grundlagen einer Ästhetik der Zukunft«.

Die Lektüre des Buches macht deutlich, daß der Autor sich selbst nicht im klaren war, welches Ziel er sich setzen soll. Soll er eine Ästhetik schreiben in obigem Sinn oder die Voraussetzungen untersuchen, die heute einem Künstler selbst, im Prozess des Schaffens, zur Verfügung stehen müssen. Es kann kein Zweifel sein, daß er hier manche Vorurteile und alte Zöpfe ausräumt, um aber gleich wieder neue Regeln aufzubauen. Ganz unverständlich ist für den Bereich der Kunst, wo Geist und Natur zusammenklingen müssen, seine Einführung der Begriffe des Platonischen und des Aristotelischen, die ja in so treffender Weise die verschiedene »Erkenntnishaltung« der Menschen charakterisieren, die insbesondere eine Phase umfaßt, die vor der Zeit liegt, in der es den Menschen möglich ist, eine Ästhetik im eigentlichen Sinne zu verfassen. Das nahtlose Verbundensein mit dem Geist der Natur wie im Griechentum und die ungeteilte Hingabe an die aufkeimende Geistigkeit im eigenen Inneren im Mittelalter, die Entwicklung der subjektiven Denkkraft, verunmöglichten eine Ästhetik im wissenschaftlichen Sinne. Eine Annäherung des denkerischen Bewußtseins an den Geist der Natur, wie es Goethe vermochte, schuf ihre moderne Grundlage, die Rudolf Steiner in ungeahnter Weise in Wort und Tat ausgebaut hat, in aristotelischer und gleichgewichtig auch in platonischer Weise, indem er sich nicht nur des menschlichen Inneren sondern auch der Natur annahm. Aus dieser Blickrichtung würde man einen Jawlensky selbstverständlich als mehr aristotelischen Menschen und Cézanne als mehr platonischen Menschen charakterisieren. Es wäre sehr zu wünschen, wenn Bücher über so ungeheuer wichtige Themen in anthroposophischen Verlagen erscheinen, daß sie stärker gegründet sind, aufbauend auf dem geisteswissenschaftlichen Fundament, dieses weiterentwickelnd und vertiefend. Das vorliegende Buch, so äußerst verdienstvoll es auch in vieler Hinsicht ist, muß eher Verwirrung stiften, statt Aufhellung in einem doch so wichtigen Feld zu schaffen.

Inhaltlich ist das Buch wie folgt gegliedert: Die sieben Entwicklungsstufen der Ästhetik. Zur Kunstanschauung der griechischen Antike. Vom Aufstieg und Absturz der Ästhetik. Wladimir Solowjew: »Die Schönheit wird die Welt retten«. Rudolf Steiner und die Wiedergewinnung der Kunst als Lebensrealität. Freiheit und Liebe als Krönung der Kunst.

W. Oberhuber

Fritz Penserot zum 75. Geburtstag

*26. September 1912

Am 26. September konnte unser Freund Fritz Penserot seinen 75. Geburtstag feiern.

Wir gratulieren ihm zu diesem Ereignis sehr herzlich und möchten damit den Dank verbinden für seine kontinuierliche, tragende Mitarbeit an unseren Bestrebungen.

Seit der *Gründung des Seminars für freiheitliche Ordnung*, an der er bereits beteiligt war, gehört er zum engsten Kreis der Mitarbeiter und hat sich durch Referate auf Tagungen, durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen in den *»Fragen der Freiheit«* und – mehr im Hintergrund – durch Mitwirkung bei der Redaktion unserer Schriftenreihe und bei der Organisation des Seminars unermüdlich und mit großem Engagement für die Weiterentwicklung und Verbreitung der Idee einer freiheitlichen Ordnung eingesetzt. Dabei bildete die Wirtschaftspolitik immer einen besonderen Schwerpunkt seines Interesses und seine in den *Fragen der Freiheit* ab Heft 165 gegebenen Darstellungen großer Nationalökonomen der Vergangenheit enthalten viele schöne Beispiele für seine Fähigkeit, auch die Gedankenentwicklung anderer auf diesem Gebiet nachzuvollziehen und zu würdigen.

Wir wünschen Herrn Penserot, daß ihm Gesundheit, geistige Frische und Produktivität noch lange erhalten bleiben, und daß wir aus seiner Feder noch viele wertvolle Beiträge erwarten können.

Für das *Seminar für freiheitliche Ordnung*

Fritz Andres – Eckhard Behrens – Hugo Schwenk – Gawan Vogel

Dr. Lothar Vogel zu seinem 70. Geburtstag

* 19. Oktober 1917

»Das eigentliche Studium des Menschen ist der Mensch.« Goethe

Bei dem Bemühen um Sozialerkenntnis findet man die vielfältigsten Bestrebungen in Vergangenheit und Gegenwart vor. Kaum ein Problem auf dem sozialen Feld, das nicht schon behandelt und für das nicht auch mehr oder weniger brauchbare Lösungsvorschläge vorgelegt worden wären.

Selten stößt man jedoch auf einen universellen Geist, der die verschiedenen Gebiete vereint in *einer* Betrachtung, die alles zurückführt auf eine zentrale Idee, *die Idee des Menschen*.

Zu diesen seltenen Persönlichkeiten gehört *Dr. med. Lothar Vogel*, Mitbegründer des *Seminars für freiheitliche Ordnung* und Herausgeber der *Fragen der Freiheit*, der am 19. Oktober 1987 sein 70. Lebensjahr vollendete.

Von Anfang an hat er durch seine zahllosen Vorträge auf den Tagungen des Seminars, durch seine Beiträge in dieser Schriftenreihe und durch seine Buchveröffentlichungen* unsere Erkenntnisbestrebungen in ganz wesentlicher Weise unterstützt.

Im Mittelpunkt all seiner Betrachtungen steht immer der Mensch. Keine Wissenschaft, kein Wissensgebiet bleibt isoliert, nirgends findet man ein Abgleiten ins nur Historische oder ins Technokratische, alles erhält seinen lebendigen Bezug zur Anthropologie im umfassenden Sinn. Dabei wird immer wieder sein enges Verhältnis zum Goetheanismus und zu einer ganz undogmatisch aufgefaßten Anthroposophie deutlich.

Die innere Einheit seiner Darstellungen wird noch verstärkt durch das bei ihm stark ausgeprägte Element des Künstlerischen und der Phantasie. So wird dem Zuhörer bzw. Leser bewußt, wie sehr er berechtigt ist, den sozialen Organismus als »soziales Kunstwerk« (Schiller) anzusehen.

Sein Beruf und vielfältiges Wirken als Arzt und Lehrer an der Waldorfschule hat naturgemäß seine geistige Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten gefördert und ihm gleichzeitig immer wieder die Frage nach dem Menschenwesen und seiner Entfaltung nahegelegt. Auch wird die lehrende Tätigkeit wesentlichen Anteil gehabt haben an der Ausbildung seiner Fähigkeit, im Vortrag durch eine unverwechselbare Art der Darstellung regelrecht Vortragskunstwerke entstehen zu lassen – nicht zu vergessen sein immer wieder durchleuchtender Humor!

Wem, der Dr. Vogel je hörte, wäre das hier Angedeutete nicht lebendige Anschauung geworden!

Für das *Seminar für freiheitliche Ordnung*

Fritz Andres – Eckhard Behrens – Hugo Schwenk – Gawan Vogel

* vgl. auf Seite 55 dieses Heftes: »Publikationen«

Fritz Penserot zum 75. Geburtstag

*26. September 1912

Fritz Penserot gehört bis heute zum engen Freundeskreis um das »*Seminar für freiheitliche Ordnung*« und die Schriftenreihe »*Fragen der Freiheit*«.

Ihm ist es zu verdanken, daß die sozialen Ideen des *Seminars für freiheitliche Ordnung* und ihre Fundierung durch die Idee der Dreigliederung des Sozialen Organismus von Rudolf Steiner, seit seiner Begründung durch Diether Vogel 1956/57, bis heute durchgetragen werden konnte.

Durch zahlreiche Vorträge, die größtenteils in *Fragen der Freiheit* veröffentlicht wurden, hat unser Freund Fritz Penserot die Sozialideen des *Seminar für freiheitliche Ordnung* lebendig erhalten und mit starkem Realitätssinn an die sozialen Gegenwartsfragen angeschlossen.

Die Freundschaft, die ihn mit dem Begründer des Seminars, *Diether Vogel*, verband, bildet gleichsam den Kern des *Seminars für freiheitliche Ordnung*.

Der politische Sinn und die Fähigkeit, die sozialgeschichtlichen Entwicklungslinien – vor allem der neueren Zeit – aufzuzeigen und zu verfolgen und die oft verhängnisvollen Abirrungen deutlich zu machen, sind in seine Arbeiten eingeflossen.

Sein großer Überblick über die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bis hin in unsere Tage kann ein Lehrstück sein für Menschen, die nach Leitgedanken suchen für das Durchschauen der sozialen Irrwege und für das Verständnis der sozialen Erneuerung.

So möchte ich, nun schon zu den älteren Mitarbeitern zählend, unserem Freund danken für den nie erlahmenden Einsatz für eine in die Zukunft führende Ordnung des sozialen Lebens im Sinne eines freien Menschentums.

Heinz-Hartmut Vogel

Auszug aus dem schriftstellerischen Schaffen Fritz Penserots

– Eine Themenauswahl –

- Was verstehen wir unter freiheitlicher Ordnung von Wirtschaft, Staat und Kultur?
- Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem
- Koexistenz!
- Grundsätze freiheitlicher Politik
- Grundgesetz und Politik
- Der 6. März 1961 (zur Aufwertungsdebatte)
- Die Quadratur des Kreises (Betrachtungen zur konjunkturpolitischen Lage – Oktober 1962)
- Der schwarze Dienstag (1962)
- Wo bleibt die Krise? (März 1963)
- Ist Vollbeschäftigung bei zugleich fixen Wechselkursen und stabilem Geldwert möglich?
- Zur politischen Lage (Sommer 1963)
- Zur Währungspolitik (Juni 1964)
- Politische Ortsbestimmung im Jahre 1965
- Nach Kiesingers Regierungserklärung (1967)
- Krisis der Demokratie (November 1967)
- Robert F. Kennedy (Juni 1968)
- Apercu zum Problem der autoritären Strukturen und ihrer Überwindung im Bildungswesen und in der Wirtschaft
- Unser Bildungswesen in der Krise
- Freiheitlicher Sozialismus – aber wie?
- Kontinuität und Erneuerung (Regierungerklärung Willy Brands)
- Der Vertrag von Moskau (12. August 1970)
- Kritischer Frühling 1971 (Währungskrise)
- Warum sind sie »dagegen« – und warum für Karl Marx?
- Politik der aktiven Friedenssicherung und der gesellschaftlichen Reformen (Regierungserklärung Willy Brands 18. 1. 1973)
- Neuordnung der Währung
- Suche nach einer Lösung des Mitbestimmungsproblems
- Dauerkonjunktur und Geldwertstabilität durch konsequente Geldmengenregulierung im exakten Gleichschritt mit der Güter- und Dienstleistungsproduktion
- Kopernikanische Wende
- Die Entfremdung des Menschen – Hauptursache des Terrorismus

- Europäische Währungszusammenarbeit als Integrationsmittel für den Zusammenschluß Europas zur Einheit Europas
- Staatsverschuldung – Hemmschuh für Wachstum und Vollbeschäftigung
- Gibt es eine deutsche Identität
- Die Atomkatastrophe
- *Soziale Bewegung:* Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung – Beiträge der Wirtschaftstheorien in Fortsetzung Teil I bis XI. (Fragen der Freiheit Nr. 165–188)

Lothar Vogel zum 70. Geburtstag

*19. Oktober 1917

Lieber Lothar,

wohlvorbereitet durch unseren Besuch der ersten Waldorfschule in Stuttgart, nahm uns schon Ende der zwanziger Jahre unser Bruder Diether gleichsam an die Hand und weckte unser gemeinsames Interesse an den sozialen Ideen, wie sie im Geschichtsunterricht unserer Waldorfschulzeit durch die große Geschichtsepochenlehre Rudolf Steiners in unser in Bildung befindliches Weltbild eingepflanzt worden waren.

Diether war es, der als Pionier einen lichten Pfad schlug in den Dschungel verworrener sozialer Zeitumstände. Ihm verdanken wir beide das tragende Fundament für eine zu schaffende soziale Ordnung in der Gegenwart. Es galt nichts weniger, als eine Ordnung der freien Entfaltung des Menschen zu gründen, jedoch so, daß die Freiheit des einen durch die Freiheit des anderen erst begründet wurde.

Gleiche Freiheit für alle war der Schlüsselgedanke, der uns dann in der Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus von Rudolf Steiner begegnete. Dieser Idee hast Du einen wesentlichen Teil Deiner Lebensbemühungen gewidmet.

In dem Buch »Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus« hast Du *das* zusammengefaßt und in eigener Weise durchgestaltet, was als Ergebnis der für uns bahnbrechenden Arbeit Diethers vorlag.

Es blieb auch Dir nicht erspart, Enttäuschungen hinzunehmen und zu ertragen dadurch, daß die voraneilenden sozialen Gedanken oft von nahestehenden Menschen nicht verstanden wurden. Anders gesagt: Es wurde der große Ideenentwurf Rudolf Steiners in Deinen und unseren gemeinsamen »Ausführungen zur Dreigliederung« offensichtlich nicht wiedererkannt. Damit hängt zusammen, daß die jahrzehntelangen Anstrengungen, die das *Seminar für freiheitliche Ordnung* unter Deiner wesentlichen Mitwirkung unternommen hat, nicht schon fruchtbar wurden in der Öffentlichkeit.

Nicht versäumen darf ich Deine Durchhalteanstrengungen zu erwähnen, bei der Herausgabe der *»Fragen der Freiheit«*, deren Namensgebung auf Dich zurückgeht und die Du mit Deinen Freunden – von denen ich in erster Linie *Fritz Penserot* nenne – durch Höhen und Tiefen bis heute durchgetragen und gestaltet hast.

Ich möchte mich zum Sprecher des treuen Kreises von Freunden um »Fragen der Freiheit« und um das *Seminar für freiheitliche Ordnung* machen, Dir zum 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche zu sagen.

Dein Heinz Hartmut

Biographisches

Lothar Vogel, geboren am 19. Oktober 1917 in Wonsheim/Kreis Alzey

1926–1937 Besuch der *Freien Waldorfschule* in Stuttgart

1940–1945 Studium der Medizin in Prag und Tübingen, unterbrochen durch Sanitätsdienste im Kriegseinsatz. (Besonderes Interesse an Geschichte und Kunstgeschichte, das in das Medizin-Studium mit einbezogen wurde).

1946–1948 Heilpädagogische Tätigkeit im Heil- und Erziehungs-Institut Eckwälden-Bad Boll

1949–1976 Schulärztliche Tätigkeit an der Rudolf-Steiner-Schule in Wuppertal und Freie Waldorfschule Ulm/Donau. Während dieser Zeit Dozentur am Lehrerbildungs-Seminar der Freien Waldorfschule in Stuttgart.

Ab 1976 Nach Krankheitsperiode *Freie Tätigkeit* auf schriftstellerischem und vortragsmäßigem Gebiet im Bereich der Medizin, der Menschenkunde, der Kultur- und Sozialwissenschaft.

Publikationen

Begründung der Schriftenreihe *»Fragen der Freiheit«* – Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft (Bad Kreuznach 1957)

Der Dreigliedrige Mensch – Morphologische Grundlagen einer Allgemeinen Menschenkunde (1. Aufl. Dornach 1967, 3. erweiterte Aufl. in Vorbereitung)

Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus
Sozialanthropologische Studien zum Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsleben (Meisenheim 1973)

Das Naturgedicht – Naturgeschichte in Gedichten (Teil I Menschenkunde, Göppingen 1986) – (Teil II »Natur und Welterkenntnis« und Teil III [in Vorbereitung] »Die Metamorphosenlehre Goethes; Stein, Pflanze, Tier und Mensch«)

Sonnengesänge der Menschheit (Reihe: Ogham-Bücherei Stuttgart 1. Aufl. 1982, 2. Aufl. 1984)

Redaktionelle und schriftstellerische Mitwirkung bei der Schriftenreihe Fragen der Freiheit von Anfang an:

Behandelte Themen (eine Auswahl):
- Der Mensch, das autonome Wesen
- Die Unteilbarkeit der Freiheit

- Eine Schule der Freiheit
- Freiheit der Erziehung – Freiheit der Kultur
- Die Wissenschaft und die gefährdete Welt
- Die anthropologisch-soziologischen Zusammenhänge der Lebensgebiete Kunst – Religion und Wissenschaft
- Die Bedeutung der Familie für die Gesamtkultur und für die Gesellschaft
- Die Embryonalentwicklung – eine vollkommene Weltwirklichkeit
- *Individualität und Sozialerkenntnis*
- Die Krisis der Wahrheitssuche als Ursache des Extremismus in der Gegenwart
- Geistige Ansätze zur Überwindung des Marxismus und des kollektivistischen Sozialismus im 19. Jahrhundert und in der Gegenwart
- Wem gehört der Boden?
- Vom Wesen der Arbeit
- Der Ost-West-Gegensatz als Schicksal und Aufgabe
- Die Anthropologie Goethes (Eine Skizze zum Goethejahr)
- Stufen der Goetheschen Erkenntnisart
- Goethes Kunstanschauung
- Die Medienmisere
- Mensch und Erde – Um ein neues Naturrecht – Die Umweltkatastrophe
- Idee der freien Bildung

Herausgaben:

Max Stirner, Das unwahre Prinzip in der Erziehung, 1956
August Kopisch, Von kleinen Geistern, Alle Gnomen- und Elfenlieder, 1961

Freie Tätigkeit

auf schriftstellerischem und vortragsmäßigem Gebiet im Bereich der Menschenkunde, Medizin, Kultur- und Sozialwissenschaft im Rahmen der Bad Boller Medizinischen Seminare, des Trithemius-Institutes, der Kunstschulen am Goetheanum, Dornach u. a.

Vor einundvierzig Jahren.
Ideen
aus dem Geiste einer freien Akademie

– als Beitrag zur Konstitution eines zeitgemäßen freien Bildungswesens.
Stuttgart, den 9. Juni 1946*

Die Bemühungen, neue Bildungswege zu begehen, die geeignet sind, aus dem reinen Fachinteresse heraus zu einer organischen Universalität geistiger Anschauungen zu gelangen, sind zum Pfingstfest dieses Jahres in Stuttgart soweit herangereift, daß das bisher Erstrebte in diesem Brief einen ersten Niederschlag gefunden hat.

Der Gedanke zu diesem Brief geht ursprünglich auf Gespräche zurück, die zwischen befreundeten Wissenschaftlern und Künstlern geführt wurden. Das Ergebnis dieser Gespräche war die Erkenntnis der Notwendigkeit gemeinsamen »geistigen Handelns«. Das gleichzeitige Auftreten übereinstimmender Anschauungen über die heute zu beschreitenden Bildungswege spricht dafür, daß die Zeit ganz reale Forderungen an uns stellt.

Nicht in dem Streben nach bloßer Erweiterung des heutigen Wissenschaftsstandes sehen wir die dringende Aufgabe derjenigen, die sich für die Kontinuität des Geisteslebens verantwortlich fühlen, sondern in der Pflege einer Bildung, die – dem individuellen Streben und Bedürfnis Rechnung tragend – den Menschen in die Tiefe und Weite geistiger Wirklichkeit führt. Mit unserer Generation empfinden wir das dringende Bedürfnis nach einem Zusammenschluß der Erkenntnisgebiete zu einem den geistigen Menschen bildenden Organismus. Dieser Organismus erbaut sich durch die Entfaltung aller Seelentätigkeiten in ihrer Harmonie und gegenseitigen Durchdringung.

Es liegt im Wesen eines freien Geisteslebens, *institutionslos* zu sein. Die Welt der Ideen läßt sich nur in statu nascendi stets von neuem lebendig begreifen. Hochschularbeit zur Pflege eines freien Geisteslebens aus der Idee der Dreigliederung kann sich nur in der Gestalt einer institutionslosen Akademie entfalten.

Um den Kulturstrom aus der Vergangenheit weiterzuführen, ist es notwendig, die geistigen Impulse im gegenseitigen Austausch neu zu wecken und zu pflegen, damit sie nicht als Gegenstände bloßer Überlieferung nur konserviert werden.

Tragfähig im sozialen Sinne wird ein geistiges Streben nur, *wenn sich ein Menschenkreis aller Bildungsgebiete zu gemeinsamer Arbeit vereinigt.*

Nur eine unprätentiöse, institutionsfreie Akademie, gebildet durch das Zusammenwirken unabhängiger und selbständig arbeitender Menschen, ist Organ eines konsequent frei gestalteten Geisteslebens.

Der Duktus, der durch alle beitragenden Ideen und Arbeiten einer solchen Akademie erstrebt wird, führt zur Entfaltung der Idee des Menschen und strebt damit zugleich nach einer dieser Idee gemäßen sozialen Lebensordnung.

Die Lebensgebiete *Wissenschaft*, *Kunst* und *Religion* führten bisher ihr

* Frühe Konzeption für eine Freie Akademie (1946). Ideen zu einem Versuch für eine freie, staatsunabhängige Hochschularbeit. Die *Bildung eines Hochschulkollegiums* war in der Folge angelegt.

Eigenleben in gegenseitiger Einschränkung und wechselseitiger Behinderung. Jedes Gebiet war nur bemüht, die eigene Sphäre über die anderen Bereiche auszudehnen und zum alleinigen Repräsentanten der Gesellschaft zu werden.

Es ist das Bestreben der Akademie, durch die Wissenschaft die Kunst als »Offenbarerin geheimer Naturgesetze« verstehen zu lernen (Goethe), indem sie – das organisch-geistige Verfahren der Kunst aufhellend und harmonisierend mit den beiden anderen Gebieten verbindet – ihre Daseinszuordnung zu bestimmen sucht.

In den Lebenstätigkeiten, die von ethisch-religiösen Impulsen belebt sein sollen, strebt sie danach, die wahren Motive zu erbringen, die das reine »Tun« erst sinnvoll (moralisch) gestaltet.

In ihrem eigenen Bereiche strebt die Wissenschaft eine Einsicht in die allbelebende und alles bewegende Wirksamkeit der Ideen an.

In dieser Weise kann, was bisher chaotisch und regellos wirkte, in einer klaren Wechselbeziehung seine Tätigkeit entfalten. Jede dieser Lebenssphären repräsentiert nun das Ganze des geistigen Menschenwesens in gewandelter Gestalt in der Realisierung des vollmenschlichen Seins, seiner Dreigliederung.

Die Aufgabe der Akademie liegt in der Ausbildung einer so orientierten Wissenschaftslehre. Als ein Organ des Lebensgebietes »Wissenschaft« wird sie sich in ihrer Konstitution gemäß der Gesetze des »freien Geisteslebens« im sozialen Organismus fruchtbar erweisen.

Im besonderen scheint die Betonung folgender Arbeitsgebiete durch die Zeit gefordert:

Geisteswissenschaften:
Erfahrungen über die geistige Natur des Menschen in den Lebensgebieten Wissenschaft, Kunst und Religion.
Sozialwissenschaften:
Erfahrungen aus der Lebenssphäre des Menschen: Bildungswesen, Medizin, Rechtswesen, Wirtschaftswesen.
Naturwissenschaften:
Erfahrungen über die physische Natur des Seins: Zoologie, Botanik, Mineralogie und die dazu gehörigen abstrakten Disziplinen.*

Durch entschlossenes geistiges Handeln im Sinne eines so entfalteten freien Geisteslebens wird der Zeit die dazu notwendige Unabhängigkeit und Freiheit abgefordert.

Die selbstlose Hingabe an geistige Tätigkeit kann zugleich eine Toleranz entwickeln, die die Grundlage einer sich selbst tragenden Kulturordnung der Zukunft im sozialen Organismus abgibt.

Der Brief richtet sich an die eingangs erwähnten Gesprächspartner und an Freunde, auf deren Interesse an einer derartigen Arbeit gerechnet werden kann.

Die Akademie wahrt ihren Charakter dadurch, daß die Beteiligten sich in einem Kollegium verbunden fühlen. Die Erweiterung des Kreises kann sich bei Heranreifen des Erstrebten aus dem Bedürfnis durch Kooption ergeben.

Die innerhalb dieses Kollegiums mitgeteilten Arbeiten dienen der gegenseitigen Förderung. Die Arbeiten selbst bleiben unbedingtes Eigentum dessen, der sie mitteilt und dürfen nur mit seinem Einverständnis dem Rahmen dieser Mitteilungen entnommen werden.

Das wechselseitige Vertrauen gewährleistet so den Briefcharakter, der nur dann erfüllt ist, wenn jede Mittei-

* Die Art dieser Gliederung bedarf der genaueren Begründung und Durchführung im Sinne einer der geistigen Natur des Menschen entsprechenden Wissenschaftslehre.

lung entweder durch einen neuen Beitrag, eine Stellungnahme oder durch eine kurze Notiz bestätigt wird. In dieser lockeren Weise wird das Interesse an weiterer Teilnahme an dem Gedankenaustausch bekundet und bekräftigt.*

Die Antwort auf die Frage, inwieweit die Akademie zu einer pädagogischen Wirksamkeit gelangt, liegt lediglich in den Möglichkeiten der Einzelnen, deren pädagogische Tätigkeit gefragt ist und dadurch realisiert werden kann. Solche privaten Initiativen sind zwar ideell von der Gemeinschaft der Akademie belebt, im übrigen aber von ihr unabhängig und nicht mit derselben gleichzusetzen, da sie bereits dem rechtlich sozialen und wirtschaftlichen Sektor angehören und durch dessen Verfassung notwendigerweise beschränkt werden.

Wir alle wünschen, daß dieses erstrebte Modell einer unabhängigen Körperschaft sich einmal allgemeiner verwirklichte und daß in gleicher Weise sich so aus einem Keim eine lebendige Sozietät. im Sinne der Dreigliederung bildete.

Heinz-Hartmut Vogel – Lothar Vogel

* Durch den brieflichen Austausch sollen auch Anfragen, Hinweise, Literaturangaben, Korrekturen u. ä. mitgeteilt und vermittelt werden.

Ankündigung des
Trithemius-Instituts, Badstraße 35, 7325 Bad Boll

Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

Einladung
Tagung

Gesundheitspolitik

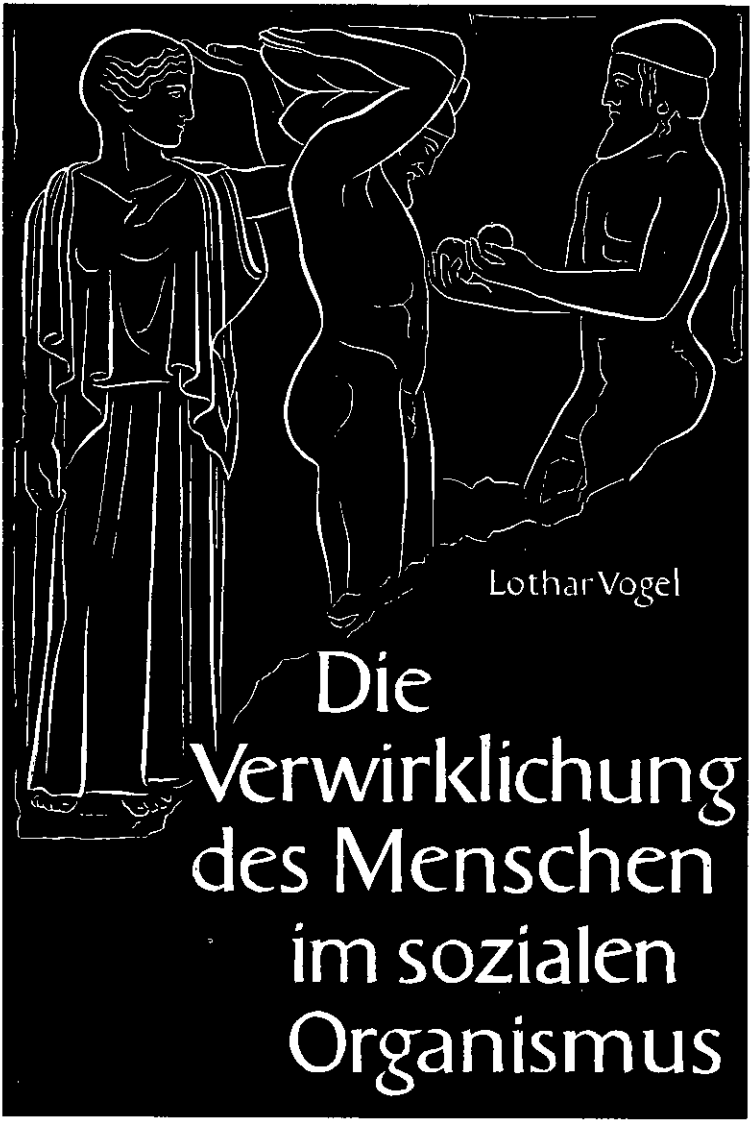
freiheitlich und effizient – brüderlich und bezahlbar

Beginn: 21. November 1987 um 10.00 Uhr
Ende: 22. November 1987 um 12.30 Uhr

Das überkommene System der sozialen Sicherheit wird zusammenbrechen, wenn die *angekündigte Strukturreform der Sozialen Krankenversicherung* mißlingt. Die Gesundheitspolitik steht vor Freiheitsproblemen und vor Finanzierungsproblemen, die schier unlösbar erscheinen. Radikale Maßnahmen, die allseits für unvermeidlich gehalten werden, setzen zunächst einmal *radikales Nachdenken* voraus. Dazu soll diese Tagung Gelegenheit bieten.
Das *Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient ist unverzichtbare Grundlage erfolgreicher Diagnose und Therapie*. Bürokratische Einengungen des einen oder anderen Partners stören das Vertrauensverhältnis und gefährden damit die Hoffnung des Patienten auf Heilung und die Erfolgschancen ärztlicher Bemühungen. Für Ordnungspolitiker stehen die *freie Arztwahl des Patienten* und die *Therapiefreiheit des Arztes* daher nicht zur Disposition! Der unleugbaren Gefahr, daß sich Arzt und Patient zulasten der Versichertengemeinschaft gegenseitig begünstigen, muß anders und wirkungsvoller als mit moralischen Appellen oder bürokratischen Kontrollen begegnet werden. Die Finanzierung nicht selten überhöhter Einkommen, Gewinne und Kostenstrukturen der Ärzte, Pharma-Industrie, Krankenhäuser und anderen Gesundheitseinrichtungen durch Zwangsbeiträge der Pflichtversicherten kann nur durch eine echte Systemveränderung gestoppt werden. *Die Pflichtversicherung muß für den Regelfall auf das »große Risiko« beschränkt werden*. Ohne Minderung der Solidareffekte könnte die überwiegende Zahl der Versicherten im Verhältnis zu allen Anbietern von Gesundheitsleistungen wieder *Selbstzahler* werden und damit als Preiskontrolleure im Gesundheitswesen tätig sein. Bei Wettbewerbspreisen lenken die Anbieter ihren Sachverstand auf eine wirksame Kostendämpfung ohne Qualitätsverluste.

Bitte fordern Sie das Programm an. Adresse siehe oben.

– Anzeige –



Zu beziehen durch:
Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 7325 Bad Boll

Das Naturgedicht

– Naturgeschichte in Gedichten –
Gesammelt und mit einer Einleitung versehen,
herausgegeben von Lothar Vogel

I
Menschenkunde

Für den Lehrer
Für den Künstler
Für den Arzt
Für den Forscher

Und für alle,
die durch Dichtung
die Erkenntnis pflegen wollen

erschienen in der
Drei Schwingen Bücherei
Verlag Johannes Illig, D-7320 Göppingen
458 Seiten · DM 44,–
ISBN 3-925000-60-7

Zu beziehen durch den Buchhandel

Die Mitwirkenden dieses Heftes (Folge 188):

Fritz Andres
Dhauner Straße, 6570 Kirn/Nahe

Eckhard Behrens
Bergstraße 29, 6900 Heidelberg

Fritz Penserot
Dhauner Straße 182, 6570 Kirn/Nahe

Dr. Herbert Pfeifer
Ostpreußenweg 12, 7440 Nürtingen

Werner Onken
Friedrich-Wegener-Straße 11, 2930 Varel 1

Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel
Boslerweg 17, 7325 Bad Boll-Eckwälden

Dr. med. Lothar Vogel
Badstraße 35, 7325 Bad Boll

Nächstes Heft November/Dezember 1987

Zukunftsgestaltung
durch die Dreigliederung des sozialen Organismus
– Zur siebzigsten Wiederkehr ihrer Begründung –

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«
Herausgeber Seminar für freiheitliche Ordnung
Begründet durch Diether Vogel †, Lothar Vogel,
Heinz-Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, D-7325 Boll, Badstr. 35, Telefon (0 71 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 48,—, sfr. 48,—, ö.S. 350,—

Einzelhefte: DM 8,50, sfr. 8,50, ö.S. 60,—

Sammelmappen: jeweils für 1 Jahr DM 8,50, sfr. 8,50, ö.S. 60,—

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 (BLZ 610 500 00)
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000 (BLZ 600 697 66)

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 71
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto:

Conrad Ferdinand Meyer, aus »Nachgelassene Gedichte«,
Verlag für schöne Wissenschaften, Engelberg 1951

ISSN 0015–928 X
Kaisser-Druck GmbH, 7335 Salach
Printed in Germany